

Antikommunismus in Aktion. Alfred Weiland, die Gruppe Neues Beginnen und die Nachrichtendienste im Systemkonflikt nach 1945

Rübner, Hartmut

In: Sozial.Geschichte Online / Heft 23 / 2018

Dieser Text wird über DuEPublico, dem Dokumenten- und Publikationsserver der Universität Duisburg-Essen, zur Verfügung gestellt.

Die hier veröffentlichte Version der E-Publikation kann von einer eventuell ebenfalls veröffentlichten Verlagsversion abweichen.

DOI: <https://doi.org/10.17185/duepublico/47045>

URN: <urn:nbn:de:hbz:464-20180919-125746-9>

Link: <https://duepublico.uni-duisburg-essen.de:443/servlets/DocumentServlet?id=47045>

Rechtliche Vermerke:

lizenziert nach [Creative Commons – CC BY-NC-ND 3.0]

Hartmut Rübner

Antikommunismus in Aktion. Alfred Weiland, die *Gruppe Neues Beginnen* und die Nachrichtendienste im Systemkonflikt nach 1945*

Am 11. November 1950 wurde der Journalist Alfred Weiland (1906–1978) von ihm unbekanntenen Personen in West-Berlin brutal überwältigt und mit einem PKW über die Sektorengrenze in den Ostteil der Stadt verschleppt.¹ Wie sich später herausstellte, handelte es sich um eine im Auftrag der russischen Administration durchgeführte operative Maßnahme. Nach einem Jahr in Untersuchungshaft wurde Weiland zur weiteren Behandlung an das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) überstellt.

In der Öffentlichkeit der Bundesrepublik dürfte der vormalige Telegrafenerbeiter und Widerstandskämpfer zu diesem Zeitpunkt kaum bekannt gewesen sein. Als Funktionär der kleinen Räteorganisation *Kommunistische Arbeiter-Union* (KAU) war Weiland im November 1933 im Zusammenhang mit dem Reichstagsbrandprozess von der Gestapo verhaftet worden. Nachdem er im Juni 1934 aus seiner im KZ Hohnstein verbrachten ‚Schutzhaft‘ entlassen wurde, spielte er in der Illegalität eine tragende Rolle. Er knüpfte unter anderem an die Auslandsverbindungen des linksradikalen Widerstands an und unter-

* Für ihre Unterstützung bei den Recherchen und der Quellenbeschaffung bedanke ich mich bei Knut Bergbauer, Dieter Nelles, Oliver Rast (Rotes Antiquariat) sowie Fanja Schinköthe (BStU); für die Assistenz bei der Textbearbeitung bei Thomas Funk (SGO).

¹ Obwohl Weiland bei dem Überfall mehrfach das Bewusstsein verlor, wehrte er sich nach den Augenzeugenaussagen heftig gegen seine Entführer. Später fand sich eine von ihm herausgeschlagene, blutverschmierte Autoscheibe. Michael Kubina, *Von Utopie, Widerstand und Kaltem Krieg. Das unzeitgemäße Leben des Berliner Rätekommunisten Alfred Weiland (1906–1978)*, Münster / Hamburg / Berlin / London 2001, S. 390 ff.; Susanne Muhle, *Auftrag: Menschenraub. Entführungen von Westberlinern und Bundesbürgern durch das Ministerium für Staatssicherheit der DDR*, Göttingen 2015, S. 63 f. und S. 284 ff.

hielt in den Jahren 1943/44 Verbindungen zur Saefkow-Gruppe und zum Goerdeler-Kreis.²

Nach dem Ende des Nationalsozialismus trat Weiland zunächst in die KPD ein und schlug dann eine Kaderkarriere in der SED ein. Er wurde Parteisekretär im Bezirk Schöneberg, der im amerikanischen Sektor West-Berlins lag. In der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung übernahm er zudem die Position eines Referatsleiters der Presseabteilung. Aber schon im Herbst 1946 fiel er aufgrund „parteifeindlicher Tendenzen“ auf. Einem Parteiausschluss durch die Parteikontrollkommission kam er zuvor, indem er die SED im Jahr 1948 aus eigenen Stücken verließ.³ Die Vorbehalte aus dem Abwehrapparat der SED gegen ihn kamen nicht von ungefähr: Weiland war federführend bei den „Sammlungsbemühungen der rätekommunistischen Kräfte“ in den Besatzungszonen und dabei zur „integrierenden Persönlichkeit“ avanciert.⁴

Im Zuge der Wandlung der marxistisch-leninistischen SED zu einer stalinistischen „Partei neuen Typs“ wurden „frühere Angehörige kommunistischer Kleingruppen der Weimarer Zeit als vermeintliche Trotzlisten aus der Partei entfernt und kriminalisiert“.⁵ Trotzlisten galten als Parteifeinde, Saboteure und antikommunistische „Agenten des Imperialismus“. Der Fragestellung, wie – im Kontext des Kalten Kriegs, der grenzübergreifend zwischen den Blöcken wie auch innerhalb der DDR wie BRD ausgetragen wurde – aus einem Links- und Rätekommunisten ein „Antikommunist“ mit nach wie vor marxistischen Grundüberzeugungen werden konnte und wie sich in den Auseinandersetzungen innerhalb der Linken unter diesen Bedingungen

² Kubina, Von Utopie, Widerstand und Kaltem Krieg (wie Anm. 1), S. 77–147; Hans-Rainer Sandvoß, Die „andere“ Reichshauptstadt. Widerstand aus der Arbeiterbewegung in Berlin 1933 bis 1945, Berlin 2007, S. 520 u. 587.

³ Kubina, Von Utopie, Widerstand und Kaltem Krieg (wie Anm. 1), S. 185 f.

⁴ Hans Manfred Bock, Geschichte des „linken Radikalismus“ in Deutschland. Ein Versuch, Frankfurt a. M. 1976, S. 174.

⁵ Andreas Malycha / Peter Jochen Winters, Die SED. Geschichte einer deutschen Partei, München 2009, S. 80; Ehrhart Neubert, Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989, 2. Aufl., Berlin 1998, S. 40 f.

die Zuschreibungen und Grenzziehungen transformierten, soll im Folgenden nachgegangen werden.

Antikommunismus als Abwehrkampf

Antikommunismus speiste und speist sich, so Andreas Wirsching, aus „vielen unterschiedlichen biographischen, politischen und intellektuellen Quellen“, wobei drei idealtypische Ausprägungen des Phänomens auszumachen sind. Zunächst ein „ideologischer Antikommunismus“, der den Kommunismus als die „neueste und radikalste Infragestellung jener Denkfigur“ fürchtete, „die sowohl den Konservatismus als auch die neue Rechte gegen Ende des 19. Jahrhunderts ideologisch umtrieb, nämlich die Geschlossenheit der Nation und ihrer Gemeinschaft“.⁶ Dieser nationalistische Diskurs war indessen, das sollte hinzugefügt werden, lange vor der russischen Revolution mit rassistischen und antisemitischen Elementen aufgeladen. In der Adaption der erfolgreichen Politikstile, Praxisformen und Organisationsmethoden der eigentlich als hochverräterisch geltenden ArbeiterInnenbewegung, insbesondere jener des Bolschewismus, durch das völkische und später das nationalsozialistische Lager kommt ein – so die zweite Ausprägung – „funktionaler Antikommunismus“ zum Ausdruck. Dessen psychologische Wirkungsweise entspricht, so ist zu vermuten, einer autoritär-regressiven Identifikation mit dem Angreifer. Eine biographische Nähe zum imaginierten Objekt der Bedrohung zeichnet schließlich – drittens – einen „empirischen Antikommunismus“ aus, der einem „fundierten Lernprozess entsprang“, also einer intensiven Beschäftigung von Opfern „bolschewistischen Terrors“ oder von antistalinistisch gewendeten Dissidenten mit dem kommunistischen Ideensubstrat. Diese Form des Phänomens findet sich bereits in der frühen Sozialdemokratie, in der sich ein reformistischer Flügel gegen

⁶ Andreas Wirsching, Antikommunismus als Querschnittsphänomen politischer Kultur, 1917–1945, in: Stefan Creuzberger / Dierk Hoffmann (Hg.), „Geistige Gefahr“ und „Immunsierung der Gesellschaft“. Antikommunismus und politische Kultur in der frühen Bundesrepublik, München 2014, S. 15–28, hier S. 13 ff.

die Parteilinke behauptet hatte. Die rechte Fraktion der SPD setzte auf „Utopieverzicht, Kompromissbereitschaft, Entideologisierung“ und forcierte die „Hinwendung zur parlamentarischen Demokratie“ mit antikommunistischer Rhetorik. An diesen „antitotalitären Grundkonsens“ sollte die Sozialdemokratie nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs anknüpfen.⁷ Bereits im Jahr der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten war der Antikommunismus in der Gesellschaft als weitgehend „konsensfähige Integrationsideologie“ implementiert. Diese ging mit Hitlers antimarxistischer und antisemitischer Programmatik konform; zusammen entfalteten sie eine enorme politische Mobilisierungswirkung, die schließlich im Überfall auf die Sowjetunion und der Shoah kulminierte.⁸

Im Systemkonflikt nach 1945 funktionierte der Antikommunismus einmal mehr als konstitutiver Faktor, indem er einerseits die Westbindung der Bundesrepublik ideologisch begleitete, andererseits als gesellschaftspolitische Klammer fungierte, die die Integration der vormaligen NS-Eliten gewährleistete. Die – den außenpolitischen Frontstellungen im Systemkonflikt folgende – Fokussierung des Westens auf die Verbrechen des Ostblocks wie des Ostens auf die antidemokratischen Auswüchse des westlichen Antikommunismus blendet allerdings aus, dass sich beiderseits des Eisernen Vorhangs die Frontlinien des Kalten Kriegs jeweils nach innen verlängerten. Freilich wurde in Ost und West mit unterschiedlicher Rigorosität gegen die inneren Feinde vorgegangen, während die außenpolitischen Gegner grenzüberschreitend in der SBZ/DDR als auch der Bundesrepublik gleichermaßen zwar in verdeckter Weise, nichtsdestoweniger konfrontativ und zum Teil sogar aggressiv intervenierten. Als „antikommunistischer Frontstaat“ konnte die Bundesrepublik dabei erhebliche

⁷ Ebd.

⁸ Peter Longerich, „Davon haben wir nichts gewusst!“. Die Deutschen und die Judenverfolgung 1933–1945, München 2006, S. 159 ff. Theodor W. Adorno hat darauf hingewiesen, dass der Antikommunismus im Kalten Krieg ein Äquivalent zum Antisemitismus darstellte. Vgl. Rolf Wiggershaus, Die Frankfurter Schule. Geschichte · Theoretische Entwicklung · Politische Bedeutung, 4. Aufl., Frankfurt a. M. 1993, S. 470.

Handlungsspielräume nutzen: Im eigenen Interesse hatte man keine Probleme damit, „bestimmte Beschränkungen seitens der Westmächte weiterhin aufrecht zu erhalten“.⁹ Dazu gehörte unter anderem die mit dem Grundgesetz unvereinbare flächendeckende Post- und Telefonüberwachung der eigenen Bevölkerung – ein undankbares Geschäft, welches den Alliierten überlassen wurde. Die geopolitische Situation als „Frontstaat“ rechtfertigte es aber auch, mit öffentlichen Mitteln antikommunistische Initiativen zu subventionieren, die quasi als geheimdienstlich instruierte Privatagenturen auftraten.

In der BRD wurde einmal mehr das „christliche Abendland gegen die bolschewistische Bedrohung beschworen“. Diese apokalyptische Rhetorik diente unter anderem dazu, die Einleitung von 138.000 Verfahren wegen illegaler Betätigung für die verbotene KPD zu legitimieren, die – unter zeitweiliger Außerkraftsetzung rechtsstaatlicher Prinzipien – zwischen 1951 und 1968 durchgeführt wurden und zu etwa 7.000 Verurteilungen führten.¹⁰ Im heute gängigen Narrativ der deutschen Modernisierungsgeschichte gilt der Antikommunismus als unvermeidliche Begleiterscheinung eines gelungenen Demokratisierungsprojekts. Angesichts der „Erfahrungen, die Abermillionen von Flüchtlingen und Vertriebenen mit den kommunistischen Regimen in Osteuropa und Ostdeutschland, Abermillionen von Soldaten in der Sowjetunion und die Bevölkerung der SBZ und DDR mit der Roten Armee und der SED-Politik gemacht hatten“, so Hans-Ulrich Wehler, dessen *Deutscher Gesellschaftsgeschichte* gemeinhin der Rang eines Standardwerks zugeschrieben wird, hätte die „kommunistische Heilslehre und Herrschaftspraxis“ eben keine Chance gehabt.¹¹ Diese offiziös anmutende Vergangenheitskonstruktion verkennt die irritierenden Aspekte dieser Integrationsideologie. Franz Thedieck, von 1950

⁹ Josef Foschepoth, *Überwachtes Deutschland. Post- und Telefonüberwachung in der alten Bundesrepublik*, Göttingen 2012, S. 25.

¹⁰ Axel Schildt / Detlef Siegfried, *Deutsche Kulturgeschichte. Die Bundesrepublik – 1945 bis zur Gegenwart*, München 2009, S. 142, Zitat S. 143.

¹¹ Hans-Ulrich Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*. Bd. 5: *Bundesrepublik und DDR 1949–1990*, München 2008, S. 405 f.

bis 1964 Staatssekretär im Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, brachte die antitotalitäre Staatsdoktrin seinerzeit auf den Punkt, wenn er die Gefängnisse der DDR als Fortsetzung der nationalsozialistischen Vernichtungslager anprangerte. Antitotalitarismus war vor allem stets Antikommunismus, der dazu diente, im Duktus freiheitlicher Wertvorstellungen „ein[en] Schlußstrich unter die alliierte Entnazifizierung“ zu ziehen und eine „allgemeine Exkulpations-solidarität“ der BürgerInnen der Bundesrepublik zu erzeugen – was vor dem Hintergrund des fortlebenden Antisemitismus einer „schuldverdrängende[n] Verharmlosung, Vergangenheitsabwehr und Schuldabwälzung“ gleichkam.¹² Zuletzt kam Eric Hobsbawn nicht umhin, dem Antikommunismus auch nach dem Ende des Systemkonflikts eine ungebrochene Bedeutung zuzuschreiben: „Die antikommunistische Rhetorik des Kalten Krieges ging also auch nach dessen Ende weiter, richtete sich allerdings weniger gegen einen einstmals gefürchteten Gegner, sondern sollte der weltweiten Überlegenheit und, so hoffte man, Vorherrschaft des westlichen liberal-demokratischen Kapitalismus dienen.“¹³

In der Auseinandersetzung mit dem Ostblock bildete der organisierte Antikommunismus der Bundesrepublik eine halbstaatliche Infrastruktur. Als Vorhut der Systemkonfrontation etablierte sich eine Gemengelage aus Geheimdiensten, staatlicher Politik und formal selbstständigen Nichtregierungsorganisationen. Den exekutierenden Unterbau dieser Assemblage bildeten geheime, außerhalb der öffentlichen Wahrnehmung – im Untergrund – operierende antikommunistische Agenturen, die oft von den alliierten Geheimdiensten oder von Ministerien der BRD finanziert und logistisch unterstützt wurden. Diese nachrichtendienstlichen Vorfeldorganisationen lieferten Informatio-

¹² Edgar Wolfrum, Die beiden Deutschland, in: Volkhard Knigge / Nobert Frei (Hg.), Verbrechen erinnern. Die Auseinandersetzung mit Holocaust und Völkermord, München 2002, S. 153–169, hier S. 154 u. S. 156.

¹³ Eric Hobsbawn, Wie man die Welt verändert. Über Marx und den Marxismus, München 2012, S. 373.

nen über die internen Verhältnisse in der DDR und führten spektakuläre Propagandaaktionen durch.¹⁴

Einige dieser in der BRD entstandenen Gruppierungen konspirierten oder intervenierten direkt in den Ostblockländern, zuweilen in offen konfrontativer Weise. Der nazistische, zu großen Teilen aus ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS, NSDAP-FunktionärInnen und SchülerInnen der NAPOLA bestehende *Bund deutscher Jugend* (BdJ) zum Beispiel war in dieser Hinsicht äußerst kämpferisch eingestellt. Für den Fall eines militärischen Angriffs aus dem Osten hatte ihn daher auch die CIA als paramilitärische Stay-Behind-Formation für den Partisaneneinsatz auserkoren.¹⁵ Die bundesdeutschen Verfassungsschutzbehörden stuften den BdJ dagegen als ungefährlich ein. Als sich am 9. September 1952 indessen der BdJ-Funktionär Hans Otto der Kriminalpolizei stellte und seine Aussagen über die Arbeit des Bunds öffentlich bekannt wurden, war der Skandal unvermeidlich. Der frühere SS-Hauptsturmführer gab an, US-Stellen hätten seiner Organisation monatlich eine Geldsumme in Höhe von 50.000 DM zukommen lassen, sie zudem mit Waffen ausgestattet und munitioziert. Daraufhin wurde im Odenwald ein umfangreiches Sprengstoff-, Munitions- und Waffendepot des BdJ entdeckt, das unter anderem leichte Artillerie enthielt. Als brisanter noch erwies sich eine unter den beschlagnahmten Dokumenten befindliche Liste mit den Namen von 40 hochrangigen Persönlichkeiten – hauptsächlich führende Politiker der SPD. Die US-Stellen hatten sich mit dem naheliegenden Verdacht auseinanderzusetzen, dass es sich um eine Liquidationsliste handelte.¹⁶

¹⁴ Anjana Buckow, *Zwischen Propaganda und Realpolitik. Die USA und der sowjetisch besetzte Teil Deutschlands 1945–1955*, Stuttgart 2003, S. 59 ff. u. S. 81 ff.

¹⁵ Peter Dudek / Hans-Gerd Jaschke, *Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Zur Tradition einer besonderen politischen Kultur*; Bd. 1, Opladen 1984, S. 356–388.

¹⁶ Central Intelligence Agency, *Further Developments in the West German Police Investigation of the Paramilitary Adjunct of the League of German Youth*, 6.11.1952, [https://www.cia.gov/library/readingroom/docs/LCPROWL%20%20%20%20VOL.%201_0032.pdf].

Ein deutlicher Herkunftsbezug zum Nationalsozialismus, in diesem Fall zu dessen Propagandaapparat, ist dem *Volksbund für Frieden und Freiheit e. V.* (VFF) attestiert worden. Nach dem Vorbild der länderübergreifenden NS-Propagandainstitution *Antikomintern* konzipiert, vermied der VFF jedoch deren vor 1945 gebräuchliche antisemitische Rhetorik. Als Leiter fungierte der promovierte Jurist und vormalige Antikomintern-Organisator Eberhard Taubert (1907–1976). Der seit dem März 1952 staatlich anerkannte Volksbund war in erster Linie damit befasst, vermeintlich bolschewistische Verflechtungen in der bundesdeutschen Politik aufzudecken. Dabei legte der VFF einigen Fanatismus an den Tag. Der VFF wurde sowohl mit Mitteln des Bundes als auch aus dem Etat der US-Regierung finanziert. Die Gelder flossen hauptsächlich in die antikommunistische „Aufklärung“: Plakataktionen, Broschüren- und Filmproduktionen.¹⁷

Personen, die in diesem antikommunistischen Spektrum aktiv waren, erschienen den östlichen Geheimdiensten als höchst attraktive Zielobjekte für Entführungsoperationen, unabhängig davon, ob und inwieweit sie ins NS-Regime verstrickt gewesen waren. Für Verschleppungen in Frage kamen selbstverständlich auch die Angehörigen der westlichen Geheimdienste, inklusive derjenigen der BRD. Hinzu kamen alle, die in einem Sammelsurium privater oder staatsnaher Initiativen tätig waren, das etwa die *Vereinigung der Opfer des Stalinismus*, die „Ostbüros“ der politischen Parteien oder die *Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit* (KgU) umfasste. Letztere wurde, neben anderen, bei den Notaufnahme- und Anerkennungsverfahren für Flüchtlinge eingesetzt.¹⁸ Unter dem Deckmantel eines humanitären Engagements

¹⁷ Mathias Friedel, *Der Volksbund für Frieden und Freiheit (VFF). Eine Teiluntersuchung über westdeutsche antikommunistische Propaganda im Kalten Krieg und deren Wurzeln im Nationalsozialismus*, St. Augustin 2001; Klaus Körner, *Von der antibolschewistischen zur antisowjetischen Propaganda: Dr. Eberhard Taubert*, in: Arnold Sywottek (Hg.), *Der Kalte Krieg – Vorspiel zum Frieden?*, Münster 1994, S. 54–68; Martin Finkenberger, *Antikomintern*, in: Wolfgang Benz, *Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart*, Bd. 5: Organisationen, Institutionen, Bewegungen, Berlin / Boston, S. 28–30.

¹⁸ Enrico Heitzer, *Humanitäre Organisation und Nachrichtendienst. Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (1948–1959) im Bundesnotaufnahmeverfahren*, in: *Zeitschrift für Ge-*

verfolgten die Vorfeldorganisationen der Geheimdienste ihre abwehrbezogene Aufgabenstellung für die Informationsabschöpfung und zur Anwerbung von MitarbeiterInnen. Den bundesdeutschen Behörden kam die antikommunistische Propaganda der Flüchtlings- und Opferverbände äußerst gelegen. Im Vorfeld des Verbots der KPD griff man gern auf die Erkenntnisse der alten und neuen Antikommunisten zurück. Ebenso wohlgesonnen waren die Geheimdienste der westlichen Alliierten. Anfangs forcierten sie noch die Fahndung nach Naziverbrechern, doch im Zuge der Einbindung der Bundesrepublik ins westliche Lager wandten sie sich bald vorrangig der Aufdeckung kommunistischer Umtriebe zu. Dabei schlossen sie sich mit den westdeutschen Nachrichtendiensten kurz.¹⁹ „Neben dem neuen politischen Strafrecht, der Schaffung einer Sondergerichtsbarkeit und den speziellen Befugnissen des Bundesverfassungsgerichts wurde noch eine vierte wichtige Säule geschaffen, ohne die eine auf Verfolgung politischer Gesinnungen zielende strafrechtliche Verfolgung nicht funktionieren konnte: das Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln.“²⁰

Den Kalten Kriegern des Ostblocks galt das im November 1950 gegründete Bundesamt – ebenso wie die halbstaatlichen Agenturen im antikommunistischen „Abwehrkampf“ – als eine westliche „Feindzentrale“. Den exponierten Funktionsträgern aus diesen Kreisen maßten sie einen enormen Stellenwert zu. Ein Großteil der 400 in den 1950er und 1960er Jahren aus West-Berlin und der Bundesrepublik in die SBZ beziehungsweise DDR verschleppten Personen entstammte dieser Einflussphäre, die bekanntesten Akteure befanden sich auf den Listen potenzieller Entführungskandidaten ganz oben. Opfer wur-

schtichtswissenschaft, 64 (2016), H. 2, S. 145–161.

¹⁹ Patrick Major, *The Death of the KPD. Communism and Anti-Communism in West Germany, 1945–1956*, Oxford 1997, S. 242 ff.; Dominik Rigoll, *Staatsschutz in Westdeutschland. Von der Entnazifizierung zur Extremistenabwehr*, Göttingen 2013, S. 67 ff.; Sarah Langwald, *Kommunistenverfolgung und juristische Gegenwehr: Die „Verteidigerkomiteebewegung“ und der „Hauptausschuss für Volksbefragung“*, in: *Arbeit – Bewegung – Geschichte. Zeitschrift für historische Studien*, 17 (2018), H. 1, S. 92–109.

²⁰ Josef Foschepoth, *Verfassungswidrig! Das KPD-Verbot im Kalten Bürgerkrieg*, Göttingen 2017, S. 96.

den etwa Heinz Brandt vom Ostbüro der SPD, Karl Reimer von der *Deutschen Freiheitsliga*, Walter Linse und Erwin Neumann vom *Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen* (einer Vereinigung aus der DDR geflohener Juristen) und Alexander Truchnowitsch, Leiter der antibolschewistischen Exilorganisation *Narodno Trudowoj Sojus*. Dass das MfS auch nicht vor Abweichlern aus den eigenen Reihen zurückschreckte, zeigte ein Täuschungsmanöver im März 1950, bei dem der KPD-Bundestagsabgeordnete Kurt Müller im Parteauftrag von seinem Wohnort Hannover zu einer „Besprechung“ in Ost-Berlin abgeholt wurde, um bei seiner Ankunft in der Hauptstadt der DDR verhaftet zu werden: Der prominente KPD-Kader war bereits fest als Angeklagter für einen Schauprozess eingeplant.²¹

Zwei führende KgU-Funktionäre, Ernst Tillich und Rainer Hildebrandt, blieben allein aufgrund planungstechnischer Schwierigkeiten von einer Entführung verschont. Der frühere antinazistische Widerstand dieser beiden Galionsfiguren des KgU und der humanistische Anstrich ihrer Kampfgruppe sollten nicht dazu verleiten, dieser Organisation das Prädikat eines demokratischen Antitotalitarismus zu verleihen. Dies würde dem beinahe paramilitärischen Charakter der KgU als intervenierender „Frontorganisation“ des Kalten Krieges kaum gerecht. Die sowohl durch die CIA als auch das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen protegierte Privatagentur und Sabotagegruppe zur Destabilisierung der SED-Diktatur bediente sich aus einem durchaus militanten Aktionsrepertoire,²² zu dem die Planung und Durchführung von Sprengstoff- und Brandanschlägen gehörte. Aus dem Personal der KgU rekrutierte die CIA die Kombattanten für ihr Stay-Behind-Programm. Dabei verfolgte die KgU allerdings eigenständige Pläne. Die Vorgehensweisen der Organisation über-

²¹ Susanne Muhle, Auftrag: Menschenraub (wie Anm. 1), S. 65, 196 u. 265.

²² Enrico Heitzer, Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU). Widerstand und Spionage im Kalten Krieg 1948–1959, Köln 2015, S. 82.

schritten des Öfteren die Grenze zum Terrorismus, worauf die Forschung zu Recht hinweist.²³

In der Gemengelage der aktionistischen Gruppen stach die KgU aufgrund ihres aggressiven Vorgehens hervor. Unter den etwa zweihundert privaten Organisationen in der BRD und West-Berlin, die sich den Vorgaben der *Liberation Policy*, der Agenda zur Befreiung vom Kommunismus, verschrieben und dafür im öffentlichen Auftrag obligatorische Propaganda- und Flüchtlingsarbeit sowie nachrichtendienstliche Tätigkeiten übernahmen, besetzte die KgU insofern eine zentrale Stellung, als sie – mit von bundesdeutschen Ministerien bereitgestellten finanziellen Ressourcen ausgestattet – den amerikanischen Anweisungen dieser offensiven *Rollback-Liberation* unmittelbar Folge leistete. Dies jedoch letztlich erfolglos. Konspirative Fehler und diffuse Verbindungsstrukturen erleichterten dem MfS das Eindringen. Der Abwehr der DDR gelang die Verhaftung von bis zu 300 Personen, von denen mindestens 185 abgeurteilt wurden; 70 Todesurteile wurden vollstreckt. Darüber hinaus soll der sowjetische Geheimdienst MGB weitere 131 KgU-Akteure hingerichtet haben.²⁴ Angesichts einiger Vorfälle, die das öffentliche Ansehen der KgU beschädigten, und dem fast schon offiziellen Auftreten als US-Einheit ging die bundesdeutsche Politik zunehmend auf Distanz zu dem „Mistverein“ (West-Berlins Bürgermeister Willy Brandt) beziehungsweise „Sauladen“ (Ernst Lemmer, CDU). Schon bevor die Auflösung der „Kampfgruppe“ im Frühjahr 1959 publik wurde, hatten sich der BND und die CIA das wertvolle konspirative Aktenmaterial aufgeteilt; das Rote Kreuz erhielt die umfangreiche Suchkartei.

Die Bilanz des „Freiheitskampfs gegen die östliche Zwangsherrschaft“ muss zwiespältig ausfallen. Der Einsatz der antikommunistischen Frontorganisationen bewirkte im SED-Staat einen Professio-

²³ Ebd., S. 471. Dort zahlreiche Hinweise auf Anschläge der KgU in der DDR.

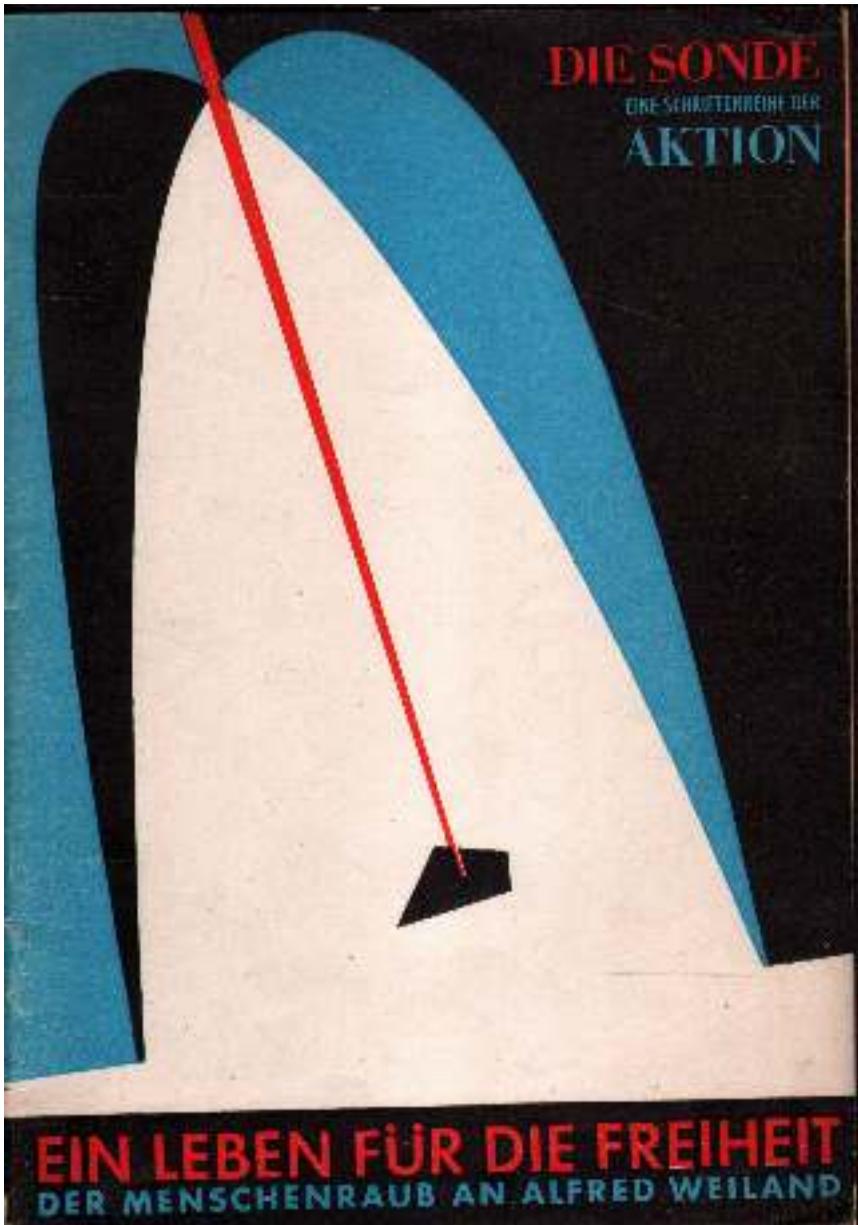
²⁴ Bernd Stöver, Politik der Befreiung? Private Organisationen des Kalten Krieges. Das Beispiel Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU), in: Stefan Kreuzberger / Dierk Hoffmann (Hg.), „Geistige Gefahr“ und „Immunsisierung der Gesellschaft“ (wie Anm. 6), S. 215–228, hier S. 225.

nalisierungs- und Expansionsschub des Staatssicherheitsdienstes. Im Westen war es wohl gerade das kämpferische Gebaren, das das anti-kommunistische Projekt in den Augen Vieler diskreditierte und dadurch mittelbar zur Stabilisierung des feindlichen Systems beitragen konnte. Diese Erkenntnis mag die politischen Entscheidungsträger der Bundesrepublik Ende der 1950er Jahre dazu bewogen haben, ihre Schwerpunkte bei der „Bekämpfung des Kommunismus“ auf die „psychologische Kriegsführung“ und die Aufklärung durch politische Bildungsarbeit zu verlagern.²⁵

Auf der folgenden Seite:

Vorderumschlag von „Sonde“, einer vom „Befreiungskomitee für die Opfer totalitärer Willkür“ und dem „Bund der Verfolgten des Naziregimes“ im Rahmen der Solidaritätskampagne für Weiland verbreiteten Broschüre, die als Sonderausgabe der von Margarete Buber-Neumann von 1951 bis 1952 herausgegebenen Monatszeitschrift „Aktion“ erschienen.

²⁵ Vgl. z. B. Rüdiger Thomas, Zur Auseinandersetzung mit dem deutschen Kommunismus in der Bundeszentrale für Heimatdienst. Eine kritische Sondierung im Umfeld des KPD-Verbots, in: Stefan Kreuzberger / Dierk Hoffmann (Hg.), „Geistige Gefahr“ und „Immunisierung der Gesellschaft“ (wie Anm. 6), S. 123–143.



Alfred Weiland und die *Gruppe Internationale Sozialisten*

Dem antikommunistischen Spektrum zuzurechnen waren allerdings nicht nur Gruppen, die ihre Wurzeln im NS, der politischen Rechten oder im konservativen Spektrum hatten. Dies zeigt der Fall Alfred Weiland. Dessen Bemühungen für eine Reaktivierung der eingangs erwähnten Räteorganisation *Kommunistische Arbeiter-Union* (KAU), in der er bereits in der Weimarer Republik aktiv war, führten im Sommer 1945 zur Gründung der *Gruppe Internationaler Sozialisten* (GIS), einem zonenübergreifenden Kreis ehemaliger Unionisten, Rätekommunisten, Linkssozialisten und oppositioneller Parteimitglieder der KPD, SED und der SPD.

In konzeptioneller Hinsicht handlungsleitend für die GIS waren die Grundsätze der *Roten Kämpfer*, deren Mitglieder aus verschiedenen lokalen marxistischen Gesinnungsgemeinschaften aus ganz Deutschland kamen und sich Ende 1931 um eine Zeitschrift gleichen Namens gesammelt hatten. Die personellen Herkunftsbezüge der *Roten Kämpfer* reichten wiederum auf die 1923/24 entstandene *Sozialwissenschaftliche Vereinigung* (SWV) zurück. In dieser überparteilichen Bildungsinitiative hatten Intellektuelle den Ton angegeben, die zur „Essener Richtung“ der *Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands* (KAPD) gehörten und damit zu einer Fraktion, die 1922 aus der Partei ausgeschlossen worden war. Die Theoretiker dieser Richtung, unter ihnen Dr. Karl Schröder (1884–1950) und Dr. Alexander Schwab (1887–1943), hatten fortan entristisch innerhalb der SPD gewirkt. Der Führungskreis der SWV in Berlin bildete ab 1931 das geistige und politische Zentrum der *Roten Kämpfer*. Deren Zirkel verfolgten nun innerhalb der SPD, stets am Rande des Parteiausschlusses und deshalb abgeschirmt agierend, den entristischen Leitgedanken der SWV weiter, „in möglichst vielen Organisationen der Arbeiterbewegung offen oder konspirativ tätig“ zu werden, ohne jedoch den Anschein einer organisatorischen Verselbständigung zu erwecken, bereits frühzeitig in

Erwartung künftiger Illegalität.²⁶ Die auf persönlichen Face-to-Face-Beziehungen fußende konspirative Arbeitsweise ihrer Kader bewahrte die *Roten Kämpfer* bis Ende 1936 vor der Aufdeckung durch die Gestapo.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs griff die *Gruppe Internationaler Sozialisten* auf das bewährte Organisationskonzept der *Roten Kämpfer* zurück und passte es den neuen politischen Rahmenbedingungen an. Als potenzielle Wirkungsfelder kamen für die GIS nicht mehr nur die sozialistischen Organisationen, sondern auch die Staats- und Verwaltungsapparate in Betracht, vorzugsweise jene in den Ostbezirken: „Zu unterscheiden sind einerseits legale und illegale Arbeitsebenen, andererseits die offene, halboffene, ‚pseudo‘-konspirative und streng konspirative Arbeit, wobei es natürlich zahlreiche Überlappungen gab.“²⁷ Foren für eine semilegale und offene Arbeit in den Westzonen boten VHS-Kurse und andere Bildungsveranstaltungen, die von der *Sozialwissenschaftlichen Vereinigung* (SWV) angeboten wurden. Diese war Ende 1949, nach dem gleichnamigen Vorbild aus der Weimarer Zeit, neugegründet worden und gab den Deckmantel für die klandestinen Aktivitäten der GIS ab.

Obwohl sich auch Karl Schröder anfangs im West-Berliner Stadtteil Neukölln für die GIS sowie als Direktor der Volkshochschule engagierte – er zog sich jedoch wegen seiner im Zuchthaus und KZ angegriffenen Gesundheit bald zurück –, war es von Anfang an Alfred Weiland, der den konspirativen Kurs des Gruppenzusammenhangs bestimmte.²⁸ Zwar sagte man ihm „persönliche Eitelkeit und Selbst-

²⁶ Olaf Ihlau, *Die Roten Kämpfer. Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik und im Dritten Reich*, Meisenheim am Glan 1969, S. 65 (Zitat) u. S. 76. Die SWV in Berlin zählte 1928 ca. 800 Mitglieder, die *Roten Kämpfer* um 1932 etwa 400. Ebd., S. 36 u. S. 80.

²⁷ Kubina, *Von Utopie, Widerstand und Kaltem Krieg* (wie Anm. 1), S. 198.

²⁸ Etwas pathetisch beschrieb Ernest J. Salter den autodidaktischen Arbeiterintellektuellen: „Die deutsche Arbeiterbewegung kennt sehr häufig den Typ von Menschen, die aus der Tiefe aufsteigen. Es ist die große Gruppe der Autodidakten, die, von der sozialistischen Idee erfüllt, die Faszination, die diese ausstrahlt, in sich selbst verkörpern. Es ist der Durchbruch des souveränen Menschen aus dem Proletariat in die Sphäre der großen Fragen und Entscheidungen.“ Ders., in: *Ein Leben für die Freiheit. Der Menschenraub an Alfred Weiland*, in: *Die Sonde*

sucht“ sowie Schwächen „in der Theorie, in der Analyse und damit klarer Zielsetzung“ nach, dessen ungeachtet waren seine Qualitäten als „Agitator“ und „Organisator“ anerkannt.²⁹ Unter den etwa 150 bis 300 Mitgliedern der GIS bildeten Rätekommunisten der zweiten Generation aus der Zeit vor 1933 die initiative Kerngruppe, das Umfeld aber war breit gestreut, wie sich ein Beteiligter erinnert: „Dieser Kreis war damals ein Konglomerat – ein wirres Gemisch von allen möglichen Ansichten – eben weil sich dort Menschen aus allen früheren politischen Richtungen zusammengefunden hatten [...]. Mein persönliches Mißtrauen erregten sofort die sogenannten oppositionellen SED-Leute. Und da lag ich gar nicht schief, wie sich nach einiger Zeit herausstellte.“³⁰

Die neuformierten Linksoptionellen wollten „Ausgangspunkte“ für eine dogmatisch nicht festgelegte Sammlungsbewegung schaffen, die „außerhalb und auch innerhalb bestehender Massenorganisationen“ einen „Klärungs- und Sammlungsprozess“ anregen sollte. Im weiteren Verlauf, so die Vorstellung, würde sich daraus eine permanent „organisierte Form“ ergeben. Der Aufbau einer weiteren „Organisation der Massen“ neben den bestehenden linksorientierten Einrichtungen war – wie seinerzeit von den *Roten Kämpfern* – nicht beabsichtigt. Im Sinne der rätekommunistischen Prämisse des „Selbsthandelns des Proletariats“ strebte die GIS vielmehr eine „fortschreitende Weiterentwicklung zur immer stärkeren Entfaltung der Massenkräfte und zu immer geeigneteren Formen des Massenhandelns“ an.³¹

(= Schriftenreihe der „Aktion“, H. 1), o. O. 1950, S. 14.

²⁹ Reinhold Klingenberg an Paul Mattick, 15.7.1947, in: International Institute of Social History, Amsterdam (IISG), Paul Mattick Papers, Box 27. Weiland irritierte seine Genossen z. B. durch seine Tätigkeit bei der Bergungsgruppe des Volksbildungsamtes Schöneberg, während der er einige Tausend Bücher aus den Beständen des Reichssicherheitshauptamts und anderer Bibliotheken „privatisierte“. Vgl. ebd. und Sylvia Kubina, Die Bibliothek des Berliner Rätekommunisten Alfred Weiland (1906–1978), Berlin 1995.

³⁰ Fritz Parlow, Anmerkungen zum Buch von Oskar Hippe, in: Berliner Freie Informationen, 5 (1980), Nr. 38, S. 12–15, hier S. 14. Vgl. auch Oskar Hippe, ... und unsere Fahn' ist rot. Erinnerungen an sechzig Jahre in der Arbeiterbewegung, Hamburg 1979, S. 198 ff.

³¹ Neue sozialistische Bewegung oder neue sozialistische Organisationen?, in: Neues Beginnen. Blätter Internationaler Sozialisten, 2 (1948), Nr. 11 vom 15. September, S. 1–11, Zitat S. 9.

In den theoretischen Überlegungen der GIS sind die Anknüpfungspunkte zum Rätekommunismus evident. Mit dem Rückgriff auf die antiautoritären Vordenker des Linkskommunismus wie Otto Rühle, Henry Jakoby oder Anton Pannekoek wurde die Kritik sowohl an der kapitalistischen Restauration im Westen als auch an der totalitär-bürokratischen Herrschaftsform im Osten akzentuiert. In dieser doppelten Frontstellung gegen die insgesamt als imperialistisch eingestuften alliierten Besatzungsmächte befand sich die GIS zunächst quasi zwischen den Stühlen. Man verstand sich als Teil einer „Heimatlosen Linken“.³² Als propagandistisches Vehikel zur Mobilisierung jener kritischen Kräfte, die auf eine Neuorientierung der sozialistischen Bewegung im Osten wie im Westen abzielten, diente die Publikationsplattform *Neues Beginnen. Blätter Internationaler Sozialisten*.³³ Das Blatt erschien von 1947 mit einer Unterbrechung bis 1954 unter Angabe eines falschen Herausgebers und einer ausländischen Tarnadresse in einer Auflage von 500 bis zu 2.000 Exemplaren. *Neues Beginnen*, hieß es in einer programmatischen Erklärung in der ersten Ausgabe, setze auf eine „Erneuerung der sozialistischen Bewegung“ unter der Voraussetzung einer Sammlung aller „fortschrittlichen Kräfte“ in und

³² Sebastian Frank (Henry Jakoby), Das Versagen der Arbeiterbewegung. Otto Rühles Auffassung vom Marxismus, in: *Neues Beginnen*, 1 (1947), Nr. 0 [April], S. 1–34; Karl Horner (Anton Pannekoek), Das Versagen der Arbeiterbewegung, in: *Neues Beginnen*, 1 (1947), [Nr. 2] vom 20. Mai, S. 9–13. Zu den ideengeschichtlichen Dispositionen der linkssozialistischen Zwischengruppen vgl. Gregor Kritidis, *Linkssozialistische Opposition in der Ära Adenauer*. Ein Beitrag zur Frühgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Hannover 2008, S. 48 ff.; speziell zur GIS auch Philippe Bourrinet, *The Dutch and German Communist Left (1960–68)*. ‚Neither Lenin nor Trotsky nor Stalin‘. ‚All Workers Must Think for Themselves‘, Leiden 2017, S. 504 ff.; Jochen Gester, *Auf der Suche nach Rosas Erbe. Der deutsche Marxist Willy Huhn (1909–1970)*, Berlin 2017, S. 158–163.

³³ Im Juni 1950 fusionierte ‚Neues Beginnen‘ mit dem von dem Linkssozialisten Fritz Lamm herausgegebenen ‚Thomas-Münzer-Brief‘ zu ‚Funken. Aussprache-Hefte radikaler Sozialisten‘. ‚Funken‘ wurde von der GIS und dem Thomas-Münzer-Kreis abwechselnd redigiert und erschien monatlich alternierend in West-Berlin und Frankfurt a. M. Aufgrund divergierender politischer Vorstellungen wurde die Zusammenarbeit mit der Aprilausgabe 1951 einvernehmlich beendet. Vgl. Karljo Kreter, *Sozialisten in der Adenauer-Zeit. Die Zeitschrift „Funken“*. Von der heimatlosen Linken zur innerparteilichen Opposition in der SPD, Hamburg 1986, S. 52–73; Michael Benz, *Der unbequeme Streiter Fritz Lamm. Jude, Linkssozialist, Emigrant. Eine politische Biographie*, Essen 2007, S. 347–351.

außerhalb der „Heimatlosen Linken“.³⁴ *Neues Beginnen* wende sich nicht an die breite Masse, erklärte Weiland dagegen einem Ulmer Genossen, „sondern an einen vorläufig eng begrenzten kritischen Kreis, an eine – wenn Du willst menschliche Elite. Die muß zunächst mobilisiert werden und sie strahlt dann auf immer breitere Kreise aus“.³⁵

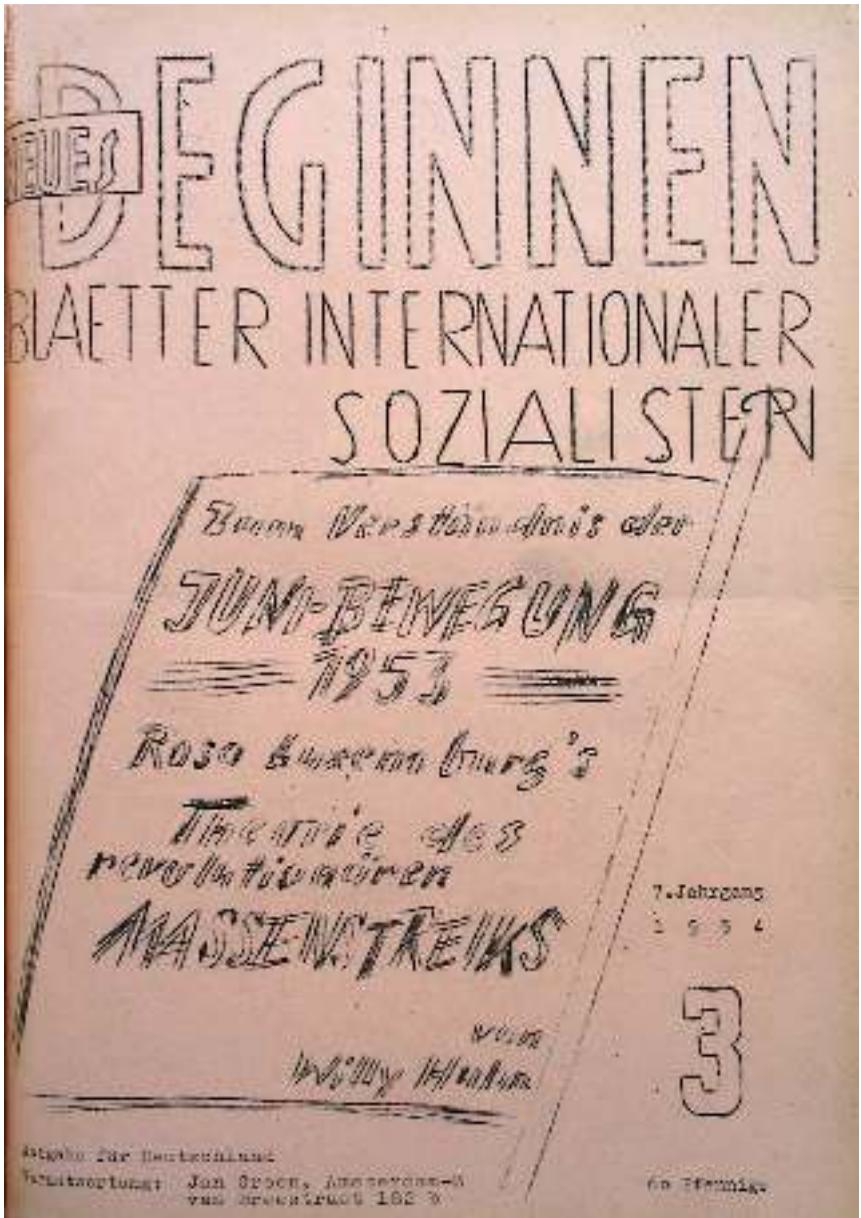
Unter der Regie Weilands und seiner späteren Nachfolger, so die Einschätzung des Politikwissenschaftlers Hans Manfred Bock, bezog „das Blatt bald eine eindeutige Position im Kalten Krieg zugunsten des Westens“.³⁶ Darüber hinaus wirkte es als antibolschewistisches Kampfblatt in die sowjetisch besetzte Zone beziehungsweise in die 1949 gegründete DDR hinein. Der um Weiland versammelte Kaderstamm legte sich darauf fest, „daß alle Mitglieder in Berlin und in der Zone sich um einflussreiche Stellungen öffentlicher, kommunaler oder sonstiger wichtiger Unternehmungen zu bewerben hätten, um einmal den Einfluß der KPD, später SED, zurückzudrängen und zum anderen durch Zusammentragen von Berichten und Material rechtzeitig die Absichten der Parteileitung und ihrer Auftraggeber zu erkennen“.³⁷ Taktisch setzte die *Gruppe Neues Beginnen* beziehungsweise die dahinter stehende GIS auf den Abzug der Alliierten in einem Zeitraum von fünf Jahren. Um zu erreichen, dass sich die Arbeiterparteien durch ihre Kooperation mit den Besatzungsmächten bis dahin selbst

³⁴ Vgl. Redaktion, Was wollen wir!, in: Neues Beginnen, 1 (1947), Nr. [1] vom 1. Mai, S. 1–3. Vgl. auch Karljo Kreter, Sozialisten in der Adenauer-Zeit (wie Anm. 33), S. 49 ff.

³⁵ Alfred Weiland an Willy Graf, 22.2.1950, in: Archiv der Sozialen Demokratie (AdsD) / Historische Kommission (HiKo), Bonn, Nachlass Weiland, Mappe 33, Bl. 105.

³⁶ Hans Manfred Bock, Der schwierige Dritte Weg im Sozialismus. Die Sozialistische Politik und ihre gesellschaftlichen Trägergruppen 1954 bis 1956 im Spektrum linkssozialistischer Zeitschriften, in: Michel Grunewald (Hg.) in Zusammenarbeit mit Hans Manfred Bock: Das linke Intellektuellenmilieu in Deutschland (1890–1960), seine Presse und seine Netzwerke, Bern 2002, S. 659–688, hier S. 664.

³⁷ Utzelmann, Wiederaufnahmeantrag (Entwurf und definitive Fassung) bei der Vertriebenestelle des BA Berlin Schöneberg, mit ausführlicher Darstellung zur politischen Biographie, zur Tätigkeit in Eberswalde und zum dortigen Prozeß, 12.5.1955, in: IISG (wie Anm. 29), Utzelmann Papers, Mappe 46.



desavouierten, müssten Korruption, Inkompetenz und Karrierismus innerhalb der KPD/SED mit allen Mitteln angeprangert werden.³⁸

Diese antitotalitäre Schwerpunktsetzung wurde hauptsächlich von Weiland befördert. Durch sie rückte die DDR mehr und mehr in den Fokus der Aktivitäten – selbst wenn es hieß, man gebe sich auch gegenüber den Westmächten „keinen Illusionen hin, [und] die Not der Berliner, die Bedrängnis der Ostzone, die Vergewaltigung der Oststaaten, all diese Dinge dienen nur der ideologischen Verbrämung der eigenen imperialistischen Interessen“.³⁹

Als negative Projektionsfläche und überhaupt als eigentlicher ideologischer Gegenpart fungierten jedoch die Diktaturen im Osten. In der linkskommunistischen Systemanalyse der GIS war der Stalinismus gleichbedeutend mit dem bürokratisierten „Staatskapitalismus“. Die stalinistischen Praxisformen wurden mithin als „Machinationen eines neuen machthungrigen Totalitarismus“ eingeschätzt. Die Fundamente des Regimes in der SBZ/DDR seien allerdings unterminiert, da die „rebellierenden Massen“ die inneren Auflösungserscheinungen des Systems bereits eingeleitet hätten: „Bis weit in die Reihen des offiziellen Apparates hinein geht die Opposition und der Terrorapparat ist weitgehend zersetzt. Die Okkupanten der Ostzone sind sich ihrer sedistischen [sic] Prätorianergarden nicht mehr sicher.“ Mit ihrer fundamentalen Systemkritik präsentierte sich „das NB [als] ein entschiedener Gegner allen Leninismus-Bolschewismus-Stalinismus“ und demzufolge als „ein Organ der ‚Heimatlosen Linken‘ in Europa und vor allem der Untergrundbewegung in Deutschland“.⁴⁰

Entsprechend dieser fundamentaloppositionellen Ausrichtung, die selbst antistalinistischen Trotzlisten wenig Ansatzpunkte einräumte, wurde *Neues Beginnen* von den Behörden in der SBZ/DDR als „Hetzschrift“ eingestuft, die Weitergabe des Blatts mit rigorosen Methoden

³⁸ Kubina, Von Utopie, Widerstand und Kaltem Krieg (wie Anm. 1), S. 487.

³⁹ Aussprechen was ist!!! Der Kalte Krieg um Berlin, in: *Neues Beginnen*, 2 (1948), Nr. 10 vom 15. August, S. 1–4, hier S. 2.

⁴⁰ In eigener Sache, in: *Neues Beginnen*, 2 (1948), Nr. 11 vom 15. September, S. 11–12, hier S. 12.

verfolgt. Aufmerksam registrierten die Behörden jede Tätigkeit des GIS. Im Laufe des Jahres 1947 erreichten das Zentralsekretariat der SED aus verschiedenen Bezirken der SBZ Meldungen „über die Tätigkeit oppositioneller Elemente“, die „durch trotzkistische Angehörige der amerikanischen Besatzungsmacht Förderung erfahren“. Der Abwehrapparat der SED warnte: „Weiland ist die treibende Kraft bei der Schaffung einer Plattform, die zu einer Zusammenfassung aller oppositionellen Elemente führen soll.“⁴¹

Unter Weilands Ägide hatte sich die GIS – so wie die *Sozialwissenschaftliche Vereinigung* – tatsächlich mehr und mehr zu einem Diskussionskreis von Intellektuellen entwickelt, der *Neues Beginnen* als öffentliche Diskussionsplattform der unabhängigen Linken etablieren wollte, um sich selbst – unabhängig davon – weiterhin in verdeckter Weise für die antibolschewistische Abwehrarbeit in Stellung zu bringen. Dazu knüpfte Weiland Kontakte zu einem breiten Spektrum bekannter Persönlichkeiten, darunter kommunistische Dissidenten wie Ernest J. Salter, Ignazio Silone, Margarete Buber-Neumann, James Burnham oder Ruth Fischer sowie Libertäre wie Helmut Rüdiger und Albert Camus (letzterer hielt allerdings Abstand). Weiland, die GIS und der als organisationsübergreifende Bildungseinrichtung ab 1949/50 vorgeschaltete SWV gerieten durch ihre regen Aktivitäten alsbald nicht nur in den Fokus der östlichen, sondern auch der westlichen Nachrichtendienste.⁴²

Über die Vorgänge im inneren Kreis und die Vorhaben der GIS beziehungsweise der SWV hatten der Abwehrapparat der SBZ/DDR und die Parteikontrollkommission der SED seit 1946 detaillierte Kenntnisse. Eingeschleuste Konfidenten berichteten regelmäßig über die in Weilands Wohnung in Schöneberg stattfindenden Treffen.⁴³ Auf der Grundlage dieser Aufklärungsarbeit wurden Gegenmaßnahmen ein-

⁴¹ Dr. / V, Betrifft: Arbeit fraktioneller Gruppen, 28.1.1948, in: Bundesarchiv Berlin (BArch), SAPMO, DY 30/71257, Bl. 62–67, Zitate Bl. 62.

⁴² Headquarters Region VIII, Berlin: Personality Report Alfred Weiland, 20.7.1948, in: US National Archives & Records Administration, College Park, MD (NARA), Record Group 319, XE 240564.

geleitet, um die Strukturen der Gruppe zu zerschlagen. So wurde der im Umfeld der GIS agierende Johann Steinicke am 1. Mai 1947 im Berliner Lustgarten – nach 1945 ein zentraler Demonstrationsplatz in der repräsentativen Mitte Ost-Berlins – beim Verteilen antirussischer Flugblätter ergriffen. Ein Jahr später sickerte nach Westen durch, dass Steinicke zwischenzeitlich in der Haft des *Narodnyi kommissariat vnutrennich del* (NKVD) zu Tode kam.⁴⁴

Im September 1948 verhaftete das NKVD den Trotzlisten Oscar Hippe – vormals GIS, dann Mitglied der Internationalen Kommunisten Deutschlands, der Sozialistischen Arbeitsgemeinschaft und der SWV –, kurz darauf auch Leopold Silberstein von der Nordgruppe (Pankow) der GIS.⁴⁵ Silberstein kam aus der Haft des NKVD kurzzeitig frei, nachdem er sich als deren Informant verpflichtet hatte. Er sollte gezielt auf Weiland angesetzt werden, unter anderem, um an die Mitgliederlisten der GIS zu gelangen. Silberstein offenbarte sich Weiland und zog sich in den Westteil der Stadt zurück.⁴⁶ Im Februar 1949 wurde er – zusammen mit Walter Haas (GIS) – erneut gefangen genommen. Bei dieser konzertierten Aktion entging der in trotzlistischen Kreisen verkehrende Psychoanalytiker Lutz Rosenkötter seiner Festnahme, indem er sich von seiner Arbeitsstelle, der Charité, über die Sektorengrenze absetzte. Im Prozess gegen Haas, Silberstein

⁴³ So z. B. der Bericht vom 30.9.1948 über eine Zusammenkunft bei Weiland, an der 18 Personen teilnahmen. Die Diskussion hätte ein „Amerikaner in Uniform“ geleitet. Weiland kündigte an, er beginne im Oktober mit Volkshochschulkursen, die der Ideenverbreitung dienen sollten. Zudem sei er von der Sowjetischen Militäradministration mit „prorussischer Propaganda“ beauftragt worden. BArch Berlin (wie Anm. 41), SAPMO, DY 30/71257, Bl. 178 f. Weitere Berichte ebd. Bei dem „Amerikaner“ handelte es sich sehr wahrscheinlich um einen Emigranten, entweder Fritz Opel (1912–1973) oder Kurt Lang. Kubina, Von Utopie, Widerstand und Kaltem Krieg (wie Anm. 1), S. 156, 180 u. 227.

⁴⁴ Kubina, Von Utopie, Widerstand und Kaltem Krieg (wie Anm. 1), S. 228 ff. Allgemein zu diesem Komplex: Jan Foitzik, Der sowjetische Terrorapparat in Deutschland. Wirkung und Wirklichkeit / Wolfgang Buschfort, Die Ostbüros der Parteien in den 50er Jahren, Schriftenreihe des Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Band 7, (3., unveränderte Aufl.), Berlin 2006, hier S. 4–28.

⁴⁵ Oskar Hippe, ... und unsere Fahn' ist rot (wie Anm. 30), S. 199 f. u. 209 ff.

⁴⁶ Kubina, Von Utopie, Widerstand und Kaltem Krieg (wie Anm. 1), S. 236 ff.

und Hippe verurteilte das Sowjetische Militärtribunal die Angeklagten im Herbst 1949 zu 25 Jahren Haft. Sie wurden ins Zuchthaus Bautzen überstellt, 1956 wurden sie vorzeitig entlassen.



BStU-Kopie

Aufnahmen der Stasi von Alfred Weiland, 1951/52. Quelle: BStU, MfS/ZA AU 258/52, Bd. 2, Bl. 5.

Der „Fall Weiland“

Weiland war also vorgewarnt. Spätestens seit Anfang 1949 ging er davon aus, dass sich sein Name auf der Fahndungsliste der sowjetischen Staatssicherheit befand. Dass deren Organe bereits mehrfach versucht hatten, Spitzel auf ihn anzusetzen, war ihm ebenfalls nicht entgangen. Infolge von Postüberwachungen, Spitzeltätigkeiten und Verhaftungen befanden sich die Gruppen „schwer unter Druck“, ließ er die Genossen im Herbst 1949 wissen.⁴⁷

„Man verhaftet systematisch alle, die früher aktiv bei uns tätig waren. Seit Mitte Februar gehen jetzt in Berlin die Verhaftungen los, wobei wir

⁴⁷ Alfred Weiland an [Erich] Wut[t]ke, Kronach, 8.10.1949; ders. an Richard [Scheithauer], Fürstzell, 26.9.1949, in: AdSD HiKo/NL Weiland (wie Anm. 35), Mappe 33, Bl. 28 u. Bl. 32.

von etwa 15 Verhaftungen wissen, wovon nur zwei direkt etwas mit uns zu tun haben. [...] Die entlassenen Freunde berichteten, daß sie genauestens nach mir selber ausgequetscht werden.“

Im Zuge der sich Weiland zufolge „ständig“ ausdehnenden Verbindungen bekam es die GIS mehr und mehr mit dem Problem der Infiltration zu tun: Man habe „seit 1946 etwa 20 Spitzel in unseren Reihen entlarvt und leider haben wir noch nicht alle, und darunter so manche ‚alte Kämpfer‘ von uns, die durch die Russen und die SED korrumpiert wurden“.⁴⁸ Unter diesen befand sich wohl auch Fritz Parlow, der Ende 1949 vom russischen NKVD zu Spitzeldiensten genötigt wurde. Der Pankower Buchhändler gab offenbar Interna preis, zog jedoch seine GenossInnen ins Vertrauen und übermittelte mit deren Anleitung fingierte Berichte an die Sowjets. Einem Zugriff durch den Geheimdienst kam er im Januar 1950 noch rechtzeitig zuvor, indem er sich nach West-Berlin absetzte.⁴⁹ Daraufhin entsandte die DDR-Kripo eine Abordnung, die SED-Wohngruppe Parlows, in den Westsektor zur Adresse Weilands. Der verwies auf ein bereitstehendes Prügelinstrument und kündigte im Fall künftiger Besuche dessen Gebrauch an.⁵⁰ Weiland war auf Vorsicht bedacht und reagierte mit heftiger Gegenwehr, als ihn das EntführerInnengespann im November 1950 auf seinem täglichen Gang zur Post schließlich doch noch überraschte.⁵¹

Aus den Unterlagen der US-Geheimdienste geht hervor, dass sich Weiland nicht nur im Visier der Geheimdienste im Ostsektor, sondern seit dem Herbst 1947 auch im Blickfeld des *Counter Intelligence*

⁴⁸ Alfred Weiland an Erich [Schulze], 4.4.1949, in: AdsD HiKo/NL Weiland, Mappe 33, Bl. 51 f.

⁴⁹ Die Flucht wurde als Entführung kaschiert. Vgl. Im USA-Sektor verschleppt, in: Neues Deutschland. Sozialistische Tageszeitung, 5 (1950), Nr. 23, S. 6. Vgl. dazu: Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Berlin (BStU), MFS ZA/AP, Nr. 7672/60. Vgl. auch Kubina, Von Utopie, Widerstand und Kaltem Krieg (wie Anm. 1), S. 226 u. 290 f.

⁵⁰ Kubina, Von Utopie, Widerstand und Kaltem Krieg (wie Anm. 1), S. 291. Den Knüttel hielt Weiland später noch für den Besuch aus den Reihen der ihm verhassten APO parat. Vgl. Kubina, Die Bibliothek des Berliner Rätekommunisten (wie Anm. 29), S. 16.

⁵¹ Kubina, Von Utopie, Widerstand und Kaltem Krieg (wie Anm. 1), S. 239 u. 389 ff.

Corps (CIC) befand. Anfangs hatte man Weiland als führendes Mitglied eines anarchistischen Zirkels eingeschätzt, der als internationale Tarnorganisation für kommunistische Aktivitäten diene. Angeblich verfügte dieses Netzwerk über Operationsbasen in Deutschland, Frankreich, Schweiz und den USA. Was die länderübergreifenden Verbindungen betraf, war diese Einschätzung nicht ganz falsch, was das (anfangs) unterstellte Gefahrenpotenzial anbelangte, eher unrealistisch. Das Headquarter des Counter Intelligence Corps, Region VIII, ging den Gerüchten nach und veranlasste im Juli 1948 die permanente Observation („continued surveillance“) Weilands. Seine Korrespondenz wurde überwacht und ausgewertet.⁵² In quantitativer Hinsicht, fasst ein Bericht die Ergebnisse der Beobachtung zusammen, sei der um Weiland versammelte Kreis ohne politische Bedeutung, so dass von seiner Person keine Bedrohung ausgehe. *Neues Beginnen* sei insgesamt „violently anti-Soviet, anti-British and anti-American“ orientiert, dies aber mit deutlicher Schwerpunktsetzung auf den „Soviet totalitarianism“. Als tonangebender Kopf der Gruppe verkehre der versierte Funktionär Weiland zudem mit SED-Kontaktpersonen in den Berliner Sektoren:

„Alfred WEILAND is most active in the distribution of literature covering a variety of anti-Soviet socialist shades. [...] WEILAND mails his propaganda pamphlets to a considerable number of SED members in the Western sectors of BERLIN.“ Deshalb, empfiehlt das Dossier, könne er Zerwürfnisse im kommunistischen Umfeld befördern. Im Hinblick auf eine „future action“ wird eine Kontaktaufnahme ange-regt: „Because of the SED element involved and because of the capac-

⁵² Headquarters Region VIII, Berlin, Personality Report Alfred Weiland, 20.7.1948, in: NARA (wie Anm. 42). Besondere Aufmerksamkeit wurde der Kommunikation mit dem niederländischen Rätekommunisten Anton Pannekoek und dessen Werk „Arbeiterräte“ zuteil. Weiland besorgte die Übersetzung ins Deutsche. Manuskriptteile gingen im Frühjahr 1950 auf dem Postwege zum Verlag verloren, was Weiland auf die Postüberwachung des NKVD zurückführte. Julian Bertheaux, Vorbemerkung, in: Anton Pannekoek, Arbeiterräte. Texte zur sozialen Revolution, Fernwald (Annerod) 2008, S. 9–20, hier S. 17 ff.

ity of the group to disaffect communists, it will be attempted to establish contact with either WEILAND or one of the group.“⁵³

Den Verhörprotokollen der Staatssicherheit zufolge kam der erste Kontakt Weilands zum US-Geheimdienst Mitte Februar 1950 unter Vermittlung des ihm bereits bekannten Ernest J. Salter zustande.⁵⁴ Weiland berichtete seinen Verhörern, dass Michael Josselson, ein Offizier des auf psychologische Kriegsführung spezialisierten *Office of Policy Coordination*, ihn zu einer Unterredung einbestellt habe, um etwas über „seine illegale Organisation“ und deren „Habitus und Verbreitungsgrad“ in Erfahrung zu bringen. Bei dieser Gelegenheit habe sich Josselson „sehr informiert“ gezeigt. Ihn habe „unser Verhältnis zur SED/KPD in Berlin und Westdeutschland“, „[unsere] historischen Verbindungen zur Kommunistischen Internationalen“ sowie „unser Verhältnis zur Sowjetunion und die prinzipiellen Unterschiede unserer Anschauung zum Bolschewismus“ interessiert.⁵⁵ Außer Josselson seien bei diesem ersten Treffen Salter – der Leiter der Ost-Redaktion der

⁵³ Gustav Bard, S/A CIC Region VIII, Pol Team, Subject: Independent Socialist Party, 16.8.1949, in: NARA (wie Anm. 42). Bard war im CIC mit der Kontaktaufnahme zu Journalisten befasst, die für die von der SED oder den Sowjets finanzierte Publikationen arbeiteten. George F. Hofmann, *Cold War Casualty. The Court-Martial of Major General Robert W. Grow*, Kent (Ohio) / London 1993, S. 63 f.

⁵⁴ Alfred Weiland, *Meine Zusammenarbeit mit Michael Josselson*, amerikanischer Politoffizier bei Hicoq, Berlin-Element (undatierte Aussage), in: BStU (wie Anm. 49), MfS/ZA AU 258/52, Bd. 3, Bl. 22–44.

⁵⁵ Ebd., Bl. 22 f. Michael Josselson (1908–1978), emigrierte 1935 als Jude aus Deutschland. Seit 1937 in den USA lebend, erhielt er 1942 die amerikanische Staatsbürgerschaft und absolvierte nach seiner Einberufung ein Trainingsprogramm des militärischen Geheimdienstes. Nach dem Kriegseinsatz als Übersetzer in einer Nachrichteneinheit, war Josselson 1946–1949 Offizier für kulturelle Angelegenheiten beim OMGUS in West-Berlin, seit Ende 1948 gehörte er dem Office of Policy Coordination (1951 in die CIA integriert) an. Bis 1950 war er Reserveoffizier dieses militärischen Geheimdienstes. Zugleich war Josselson beim amerikanischen Hochkommissar in Deutschland, John McCloy, zuständig für „Public Affairs“. In dieser Zuständigkeit fungierte er als McCloy's Verbindungsperson zum Kongress für kulturelle Freiheit, deren verdeckte Finanzierung durch die CIA er arrangierte. Vgl. Michael Hochgeschwender, *Freiheit in der Offensive? Der Kongreß für kulturelle Freiheit und die Deutschen*, München 1998, S. 17, 49 ff. u. 221; Frances Stonor Saunders, *The Cultural Cold War. The CIA and the World of Arts and Letters*, 2. Aufl., New York 2013, S. 10 ff., 55 f. u. 73 ff.

Tageszeitung *Die Neue Zeitung* – und der Herausgeber der Zeitschrift *Der Monat*, Melvin J. Lasky, zugegen gewesen.⁵⁶

Nachdem er den antisowjetischen Charakter der GIS herausgestellt habe, so Weiland weiter, habe ihm Josselson versichert, die US-Militärregierung werde nichts gegen die GIS unternehmen, sofern er sich zur Abfassung von Berichten sowie der regelmäßigen Ablieferung einiger Exemplare von *Neues Beginnen* bereiterkläre. Weiland gab an, er habe im Einvernehmen mit der GIS intensiveren Kontakten mit der „amerikanischen Besatzungsmacht“ zugestimmt, denn „allen Mitgliedern meiner illegalen Organisation sei klar, daß sich diese Zusammenarbeit nur gegen die KPD sowie die antifaschistisch-demokratische Ordnung in der Deutschen Demokratischen Republik und gegen die Sowjetunion richten kann“.⁵⁷ Seine Tätigkeit sollte, den Vorstellungen des Offiziers gemäß, im Wesentlichen darauf hinauslaufen, die abtrünnigen Mitglieder der KPD zusammenzuschließen und eine unabhängige Linke gegen die SED und die sowjetische Besatzungsmacht zu mobilisieren. Weiterführende Instruktionen habe er im Rahmen einer Zusammenkunft in den Räumlichkeiten des Hohen Kommissars (*High Commissioner of Germany* = HICOG) in Berlin-Dahlem erhalten. Auf diesem Treffen habe James Burnham⁵⁸ – Weiland identifi-

⁵⁶ ‚Der Monat‘ erschien ab 1948 und bot liberalen und linken Positionen eine Plattform, war dabei jedoch entsprechend der Totalitarismuskritik strikt antikommunistisch ausgerichtet. Das Blatt diente auch als Diskussionsrahmen des Kongresses für kulturelle Freiheit und wurde über das Office of Military Government for Germany U.S. (OMGUS), der US-Militärregierung in Deutschland, mitfinanziert. Die Gelder stammten vom CIA und wurden zur Tarnung über US-amerikanische Stiftungen transferiert. Vgl. u. a. Marko Martin, „Eine Zeitschrift gegen das Vergessen“. Bundesrepublikanische Traditionen und Umbrüche im Spiegel der Kulturzeitschrift „Der Monat“, Frankfurt a. M. [u. a.] 2003; Kritisch zu dessen affirmativer Darstellung Joachim Gmehling, Kritik des Nationalsozialismus und des Sowjetkommunismus in der Zeitschrift „Der Monat“, rer. soc. Diss., Universität Hamburg 2010, S. 27 f. Vgl. dort über die Zeitschrift als Instrument der CIA bei ihren verdeckten Operationen, S. 110 ff., [<http://ediss-sub.uni-hamburg.de/volltexte/2011/5240/pdf/Dissertation.pdf>].

⁵⁷ BStU (wie Anm. 49), MfS/ZA AU 258/52, Bd. 2, Bl. 66–79, Zitat Bl. 69.

⁵⁸ James Burnham (1905–1987) war ein US-amerikanischer Philosoph und Soziologe, der in den 1930er Jahren der trotzkistischen Socialist Workers Party angehörte und seit dem Zweiten Weltkrieg zum Vordenker der amerikanischen Konservativen avancierte. Burnham war Mitverfasser des Manifests des Kongresses für kulturelle Freiheit.

ziert ihn als Leiter der US-Abteilung für psychologische Kriegsführung –, die Thesen seines ihm bereits bekannten Buchs *Die Strategie des kalten Krieges* (Stuttgart 1950) vor 15 TeilnehmerInnen referiert. Im Anschluss daran habe ihn Josselson dem Gewerkschaftsführer Irving Brown von der *American Federation of Labor* (AFL) vorgestellt, der ihm einen Fragebogen als Richtlinie für die Form der zu erwartenden Berichterstattung aushändigte.⁵⁹ Weiland bestätigte der Staatssicherheit die Ablieferung von acht Berichten. Dafür habe er von seinen US-amerikanischen Auftraggebern jeweils 500 DM erhalten.

Die Finanzierung einer umfangreichen Informationsreise, die ihn vom 17./18. März bis zum 5. April 1950 nach Westdeutschland führte, übernahm die AFL. In verschiedenen Städten der Bundesrepublik sondierte Weiland in anarchistischen, syndikalistischen und sozialdemokratischen Kreisen die Möglichkeiten für eine praktische Mitarbeit. Neben Vertretern des Bundes der Verfolgten des Naziregimes und der DGB-Gewerkschaften traf er in Hannover außerdem zwei Angehörige des SPD-Parteivorstands, Fritz Heine und Willi Eichler. In Hamburg kam es zu einem Gespräch mit dem sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten Herbert Wehner. Über die Ergebnisse seiner Erörterungen fertigte Weiland einen detaillierten Report für Josselson an.⁶⁰

In Josselsons Auftrag, sagte Weiland gegenüber der Staatssicherheit aus, habe er in den folgenden Monaten die amtliche Mitteilungen der zentralen DDR-Regierung, aber auch der Länder- und Stadtverwaltungen in Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Ost-Berlin, im Hinblick auf offizielle Kommentare, Aussagen über die wirtschaftliche und politische Lage sowie Meldungen über Parteien und Massenorganisationen ausgewertet. Ebenfalls habe er „systematisch alle In-

⁵⁹ Zu Irving Brown (1911–1989) im Kontext der CIA vgl. Saunders, *The Cultural Cold War* (wie Anm. 55), S. 56 f. Brown hielt sich zu diesem Zeitpunkt tatsächlich in West-Berlin auf, wo er am 26. Juni 1950 im Titania-Palast als Mitglied der US-Delegation an der Gründungsveranstaltung des Kongresses für kulturelle Freiheit teilnahm. Vgl. ebd., S. 70 u. 73 ff. Dort ebenfalls präsent waren James Burnham und Melvin Lasky; letzterer hielt den Einführungsvortrag.

⁶⁰ Kubina, *Von Utopie, Widerstand und Kaltem Krieg* (wie Anm. 1), S. 375–378.

formationen, die mir aus meinen oppositionellen Freundeskreisen über Vorgänge in der Bevölkerung, in der Wirtschaft und Behördenpolitik der Ostzone zuzugingen“, erfasst.⁶¹ Die Synopsen waren themenzentriert auf Parteiausschlüsse, Parteiverfahren sowie Gerichtsurteile gegen Saboteure und Agenten. Die aus „dieser journalistischen Tätigkeit hervorgehenden antisowjetischen ‚Presseinformationen‘“ seien von ihm dann an die Medien weitergeleitet worden.⁶² Außerdem sei ihm von Seiten der US-Amerikaner die Mitarbeit an einem eigenständigen Zeitungsprojekt angeboten worden, das – so der Plan – unter dem Titel *Pravda / Wahrheit* mit einer Startauflage von bis zu 75.000 Exemplaren lanciert werden sollte.

Im Juli 1950 gab sich Weiland während seiner nächsten Reise nach Westdeutschland in das Hauptquartier des US-Militärs in Frankfurt am Main. Dort sei er als „freier Mitarbeiter“ der Presseabteilung des HICOG mit einem Monatsgehalt von 500 DM verpflichtet worden. Nach dem Ausscheiden Josselsons im August 1950 habe Sam Wahrhaftig als die dafür zuständige Verbindungsperson fungiert.⁶³ Insge-

⁶¹ Alfred Weiland, Meine Spionagetätigkeit (undatiert), in: BStU (wie Anm. 49), MfS/ZA AU 258/52, Bd. 3, Bl. 51–53, hier Bl. 51. Weiland widerrief in diesem Verhör die „falschen Aussagen und Selbstbezeichnungen“ der Spionage, die er nur gemacht habe, „um den furchtbaren Strapazen des ‚kalten Karzers‘ zu entgehen, dem ich körperlich nicht mehr gewachsen war“. Ebd., Bl. 52.

⁶² Alfred Weiland, Meine journalistische Tätigkeit (undatierte Aussage), in: BStU (wie Anm. 49), MfS/ZA AU 258/52, Bd. 3, Bl. 54–60. Weiland zufolge wurden seine Synopsen lanciert in: ‚Der Tagesspiegel‘, ‚Die Neue Zeitung‘, ‚Sozialdemokrat‘, ‚Telegraf‘, ‚Gewerkschaftspresse West-Berlin, NWDR sowie in weiteren westdeutschen Zeitungen. Vgl. GIS, Informationen für die Presse!, 1950, in denen über Interna der SED, die Repression und die ökonomische Entwicklung in der DDR berichtet wird. AdsD/HiKo, NL Weiland (wie Anm. 35), Ordner 30.

⁶³ Alfred Weiland, Noch „Der Zeitungsplan!“ (undatierte Aussage), in: BStU (wie Anm. 49), MfS/ZA AU 258/52, Bd. 3, Bl. 2 f. Samuel L. Wahrhaftig (1916–?), amerikanischer Jurist, OSS-Angehöriger, war 1946/47 Verbindungsbeauftragter zwischen den US-Militärbehörden und den deutschen politischen Parteien, dann beim OMGUS und der CIA in Frankfurt. Anfang 1949 wurde Wahrhaftig öffentlich als „Kommunist“ angegriffen und deshalb im Herbst des Jahres wegen „Illoyalität“ vorübergehend von seinen Diensten enthoben. Wahrhaftig war zuletzt Lektor im Propyläenverlag und Publizist (Ders., Franz Josef Strauss, München 1965). Vgl. Bernd-Rainer Barth / Werner Schweizer (Hg.) in Verbindung mit Thomas Grimm, Der Fall Noel Field. Schlüsselfigur der Schauprozesse in Osteuropa. Gefängnisjahre 1949–1954, Berlin 2005, S. 127, 584 u. 619 f.; Kubina, Von Utopie, Widerstand und Kaltem Krieg (wie Anm. 1), S. 381.

samt habe er bis zu seiner „Verhaftung“ von den US-Stellen 6.800 DM für seine Tätigkeiten erhalten.⁶⁴

Die in ihn gesetzten Erwartungen erfüllte Weiland, indem er – wie er einräumte – unter der Regie der US-Stellen während seiner beiden Reisen nach Westdeutschland Verbindungen zu anderen linkssozialistischen Gruppen anbahnte und außerdem die Aktivitäten der GIS in der DDR koordinierte. Ferner war er als Journalist im publizistischen Umfeld des im Juni 1950 in West-Berlin gegründeten, über den Umweg der Ford-Stiftung von der CIA finanzierten *Kongresses für kulturelle Freiheit* bestallt.⁶⁵ Im Umkreis des Kongresses wurden im Übrigen auch andere Angehörige der *Gruppe Neues Beginnen* aktiv.⁶⁶ Ganz offensichtlich bewegte sich Weiland damit an der Schnittstelle von Journalismus, linksoppositioneller Regimekritik und Counterinsurgency. Und eben deshalb geriet er in das Visier der östlichen Nachrichtendienste. Weiland war eine primäre Zielperson für operative Maßnahmen.

Das Counter Intelligence Corps ließ sich über die Entführung Weilands durch Vertrauenspersonen bei der West-Berliner Kripo informieren und erwog Gegenmaßnahmen. Vertraulichen Hinweisen aus der

⁶⁴ Vernehmungsprotokoll Alfred Weiland, 22.4.1952, in: BStU (wie Anm. 49), MfS/ZA AU 258/52, Bd. 2, Bl. 66–79, Zitat Bl. 69; Die Finanzierung meiner antisowjetischen Zersetzungsbearbeitung durch die Amerikaner!, in: BStU (wie Anm. 49), MfS/ZA AU 258/52, Bd. 3, Bl. 50. Explizit: Kubina, Von Utopie, Widerstand und Kaltem Krieg (wie Anm. 1), S. 370 ff.

⁶⁵ Vgl. dazu Dominik Geppert, Intellektuelle und Antikommunismus. Der Kongress für Kulturelle Freiheit und die Gruppe 47, in: Stefan Kreuzberger / Dierk Hoffmann (Hg.), „Geistige Gefahr“ und „Immunsierung der Gesellschaft“ (wie Anm. 6), S. 321–333.

⁶⁶ So etwa Franz Peter Utzelmann, der am 23. April 1952 im Rahmen des Kongresses u. a. mit Ernest Salter an einem „Diskussionsabend mit den Berliner Nazis“ (konkret: die illegale Sozialistische Reichspartei, SRP) teilnahm, nachdem man dem SRP-Vorsitzenden, Heinz Kokes, „ehrenwörtlich versichert“ hatte, „dass an diesem Abend keine Schlägerei vom Zaune gebrochen wird“. A. Volbracht, Kongress für Kulturelle Freiheit an Freunde, 21.4.1952, in: IISG (wie Anm. 28). Utzelmann Papers, Mappe 19, Bl. 127. Utzelmann (1895–1972), vormals KAPD und *Roter Kämpfer*; 1936 Verhaftung und Verurteilung zu dreieinhalb Jahren Zuchthaus, danach KZ Aschendorfer Moor. Nach 1945 KPD und Mitarbeiter beim Berliner Rundfunk sowie in höherer Funktion in der Holzindustrie der SBZ. 1949/50 acht Monate Untersuchungshaft. Nach seiner Flucht in den Westsektor u. a. im Rahmen der ‚Gruppe Neues Beginnen‘ aktiv.

DDR entnahm das CIC, dass die ausschlaggebenden Informationen, die zur Aufdeckung der illegalen Gruppenzusammenhänge von *Neues Beginnen* und zur anschließenden Entführung Weilands führten, vom Journalisten John Peet (1915–1988) stammten, der im Juni 1950 in die DDR übergelaufen war. Wahrscheinlich hatte Peet einen Mitarbeiter des Parteivorstands der SED, Gerhart Eisler (1897–1968), über den Kollegen Weiland ins Bild gesetzt.⁶⁷ Über Eisler (oder über Peet selbst) könnten, so ist zu vermuten, die Informationen an die *Sowjetische Kontrollkommission* gelangt sein. Da Weiland für die eigenen Dienste tätig gewesen war, müsse man ihm zur Flucht verhelfen, konzedierte das Counter Intelligence Corps. Sobald die Überstellung an die Justizbehörden der DDR erfolgt sei, könnten dahingehend praktische Schritte unternommen werden. Im Dezember 1950 sah sich das CIC in der Lage, einen derartigen Einsatz durchzuführen. Die Aktion könne „covert“, also verdeckt, für die *Propaganda Agency* des CIA durchgeführt werden.⁶⁸ Eine höherrangige Vertrauensperson des CIC in der Hauptabteilung II des DDR-Justizministeriums, der Jurist Heinrich Reuter, könne die dazu erforderlichen Auskünfte übermitteln.⁶⁹ Zur Ausführung dieses Befreiungsunternehmens sollte es jedoch nicht mehr kommen.

Ob die engen Beziehungen Weilands mit dem US-Diensten der östlichen Seite bereits zu diesem Zeitpunkt bekannt waren und den Ausschlag für dessen Entführung gaben, ist nicht klar. Diesbezügliche Verdachtsmomente bestanden offenbar, konkrete Belege gibt es nicht. Ebenso unklar ist, ob und inwieweit Weiland seine GenossInnen über die Absprachen mit seinen einschlägigen Kontaktpersonen einweihte

⁶⁷ Joseph J. Hotter / Paul A. Ill, CE Team, CIC Region VIII, Agent Report, 12.12.1950, in: NARA (wie Anm. 42).

⁶⁸ Commanding Colonel Richard E. Rudishill, European Command, Headquarters an Major Hoagland, Headquarter CIC 66th Detachment US Army, 13.12.1950, und die vertrauliche Mitteilung CIC Detachment Region VIII an Headquarter CIC 66th Detachment US Army, 20.12.1950, in: NARA (wie Anm. 42).

⁶⁹ Zuletzt war Reuter Oberrichter am Bezirksgericht Suhl. Im August 1954 setzte er sich in den Westen ab. Vgl. Hermann Wentker, *Justiz in der SBZ/DDR 1945–1953. Transformation und Rolle ihrer zentralen Institutionen*, München 2001, S. 290.

und ob er sie dafür einspannte. Dass Weiland eine doppelte Rolle spielte – als Journalist in einem antitotalitären Netzwerk und als Organisator der klandestinen Widerstandsgruppe –, stand allerdings seit Längerem fest. Die Nachforschungen des Abwehrapparats der SED hatten schon 1946 ergeben, dass Weiland unmittelbar nach Kriegsende begonnen hatte, von West-Berlin aus seine Vorkriegsbeziehungen zu den rätekommunistischen Genossen in der Sowjetisch Besetzten Zone zu reaktivieren. Mit dieser Absicht war er inner- und außerhalb der SED aktiv.

Dass der linkskommunistische Aktivist mit der finanzieller Unterstützung amerikanischer Stellen im Rahmen der „Gruppe internationaler Sozialisten“ (GIS) am Aufbau eines zonenübergreifenden Netzwerks beteiligt war, welches unter anderem das Ostbüro der SPD sowie antikommunistische Organisationen wie die bereits oben erwähnte Kampfgemeinschaft gegen Unmenschlichkeit oder den Bund der Verfolgten des Naziregimes umfasste, kam spätestens durch dessen Geständnisse in der Haft ans Licht. Im Zuge der operativen Vorgänge „Abschaum“ und „Schlächtere“ gelang es dem MfS binnen kurzer Zeit, die locker verbundenen Netzwerke der GIS in der DDR zu zerschlagen. Auch die zonenübergreifenden Aktivitäten des Kreises wurden in der Folgezeit auskundschaftet und durchdrungen.⁷⁰ Über ihre „Geheimen Informatoren“ – es handelte sich um mindestens vier ehemalige Genossen aus dem linksradikalen Spektrum der Weimarer Republik – unterwanderte das MfS sowohl die *Gruppe Neues Beginnen* als auch die damit assoziierte *Sozialwissenschaftliche Vereinigung*. Ergänzende Informationen erhielt die Stasi durch Adam Metzger (1892–1983). Dieser GIS-Genosse war im Frühjahr 1951 von Kontakt-

⁷⁰ Michael Kubina, „In einer solchen Form, die nicht erkennen läßt, worum es sich handelt ...“. Zu den Anfängen der parteieigenen Geheim- und Sicherheitsapparate der KPD/SED nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (IWK), 32 (1996), H. 3, S. 340–374, hier S. 366–372; Günter Wernicke, Operativer Vorgang „Abschaum“. Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) und die deutschen Trotzlisten in den 1950er Jahren, in: Andreas Graf (Hg.), Anarchisten gegen Hitler. Anarchisten, Anarcho-Syndikalisten, Rätekommunisten in Widerstand und Exil, Berlin 2001, S. 281–299.

personen verraten, in den Ostsektor gelockt und dort verhaftet worden. Unter dem zweifellos enormen Vernehmungsdruck des MfS machte Metzger – genauso wie Weiland – umfangreiche Aussagen, die eine größere Anzahl von Mitbeteiligten belasteten.⁷¹ Aufgrund der Angaben der beiden Untersuchungshäftlinge konnte der MfS die Verbindungskanäle der GIS und dessen Netzwerk in der DDR aufdecken, das sich von Berlin aus hauptsächlich nach Dresden, Leipzig, Halle und Magdeburg erstreckte.⁷²

Wegen „Bildung einer trotzkistischen Gruppe“, „Boykotthetze“ und „Spionage“ verurteilte das Landgericht Weimar im Prozess gegen „Weiland u. a.“ am 27. August 1952 zehn Angeklagte zu Zuchthausstrafen zwischen 2 und 15 Jahren, darunter Ernst Jeske und Adam Metzger zu jeweils 10 Jahren.⁷³ Hauptangeklagter war Weiland. Er gab zu Protokoll, dass er die Anklage nicht anerkenne und die Beschuldigungen haltlos seien. Zwar habe er den US-Offizier Josselson über die GIS unterrichtet, ihm Berichte über die DDR ausgehändigt und auch Honorare für seine Berichte erhalten, aber er „kenne überhaupt keine Geheimdienststellen“ und habe zu solchen Einrichtungen „auch keine Verbindung gehabt“.⁷⁴ Seine Eingabe nützte ihm nichts, ebenso

⁷¹ Die Behauptung von Roth, Weiland hätte sich geweigert, Namen anzugeben, und dadurch sein Umfeld geschützt, entspricht nicht den Fakten. Die Verhaftungswelle in der DDR begann unmittelbar nach seiner Entführung ab dem 23. November 1950. Gary Roth, *Marxism in a Lost Century. A Biography of Paul Mattick*, Leiden / Boston 2015, S. 244.

⁷² Weilands Aussagen zufolge existierten an 26 Orten der DDR Gruppen mit Verbindungen zu ‚Neues Beginnen‘, wobei er zwei Ortsgruppen, Potsdam und Forst, verschwieg, deren Mitgliederstärke er zuvor mit ca. 100 und ca. 40 beziffert hatte. Kubina, *Von Utopie, Widerstand und Kaltem Krieg* (wie Anm. 1), S. 242.

⁷³ Der Oberstaatsanwalt des Bezirks Greifswald, Abt. I: Anklageschrift, 14.8.1952, in: BStU (wie Anm. 49), MfS/ZA AU 258/52, Bd. 11, Bl. 105–114; Urteilschrift in der Strafsache gegen Weiland u. a., in: ebd., Bl. 144–165.

⁷⁴ Protokoll der Sitzung der 1. Gr. Strafkammer des Landgerichts Greifswald, 27.8.1952, in: Ebd., Bl. 116–143, Zitat: Bl. 126. In seinem letzten Wort führte Weiland u. a. aus: „Ich bestreite entschieden, mich im Sinne der Anklage betr. sämtlicher Punkte schuldig gemacht zu haben.“ Ebd., Bl. 141. In einem aus der Strafanstalt Brandenburg gestellten Gesuch an die Generalstaatsanwaltschaft Berlin zur Wiederaufnahme seines Verfahrens verwies Weiland auf Vernehmungsprotokolle, in denen er sich „unter dem harten Druck der Untersuchung zunächst fälschlich selbst der Spionage beschuldigte“, an anderer Stelle jedoch seine Selbstbeschuldigung, insbesondere bezüglich seiner „vorgebliche[n] Spionage- u. Agententätigkeit“, ausdrück-



Auf der vorübergehenden Seite:

Vom MfS bei Angehörigen der GIS in der DDR beschlagnahmte Publikationen aus dem Westen. Quelle: BStU MfS/ZA AU 258/52, Bd. 3, Bl. 151.

wenig wie das Bekenntnis zu seinen kommunistischen Grundprinzipien. Weilands GenossInnen erfuhren ebenfalls keine Schonung, selbst wenn sie sich aus taktischen Gründen reumütiger zeigten. In mehreren Nebenverfahren im Nachgang, unter anderem am Landgericht Halle, wurde eine etwa ebenso große Anzahl von Angeklagten wie im Hauptprozess zu Haftstrafen verurteilt, die allerdings geringer ausfielen.⁷⁵

Damit waren die Strukturen der GIS in der DDR zerstört. Nun rückten deren Zusammenhänge in West-Berlin ins Blickfeld. Weitere Entführungsvorhaben wurden jedoch, zumindest was den Kreis um *Neues Beginnen* anbelangt, nicht mehr in die Tat umgesetzt.⁷⁶ Im Westen gingen die Akteure nun überlegter vor; ferngesteuerte Maßnahmen dieser Art erwiesen sich für den Osten fortan als zu schwierig. Metzger wurde 1956 amnestiert, Weiland nach achtjähriger Haft vorzeitig entlassen. Er kehrte 1958 gesundheitlich schwer beeinträchtigt nach West-Berlin zurück und machte die Foltermethoden der DDR publik. Ihm seien während der Verhöre vierzehn Zähne ausgeschlagen worden, darüber hinaus habe er weitere erhebliche gesundheitliche Schäden erlitten.

In den folgenden Jahren machte sich der offenbar traumatisierte Weiland wegen seines antitotalitären Rigorismus und seiner haltlosen Spitzelverdächtigungen nicht nur unter seinen vormaligen Genossen

⁷⁵ Kubina, Von Utopie, Widerstand und Kaltem Krieg (wie Anm. 1), S. 404 ff.

⁷⁶ Die Entführungspläne des MfS richteten sich ab 1955 u. a. gegen den oben erwähnten vormaligen Rätekommunisten Fritz Parlow (1905–1983), der sich bis 1949 in Ost-Berlin neben seiner SED-Mitgliedschaft für die GIS engagierte. Parlow gehörte seit 1950 zur informellen Führungsspitze des GIS. Auf ihn wurde der IM „Stüwe“ angesetzt, nicht zuletzt, weil sein Buchladen als Verteilerstelle für antibolschewistisches Material wie ‚Der Monat‘ und die Flugschriften des „Ostbüros“ diente. BStU (wie Anm. 49), MfS/ZA AIM 4968/62, AA, Bd. 4. Noch 1962 wurde Parlows Anwerbung als IM in Betracht gezogen, da dieser zwischenzeitlich Bezirksverordneter und SPD-Kreissekretär im West-Berliner Bezirk Tiergarten war. Vgl. MfS, Maßnahmenplan Parlow!, 21.5.1962, in: BStU (wie Anm. 49), MfS/ZA, Allg. S 142/72, Bd. 1, Bl. 436 f.

unbeliebt.⁷⁷ Auch bei Regierungsstellen bewies er querulatorische Qualitäten und wurde dadurch zu einem unbequemen Politikum. So drängte er die Bundesregierung, seine Schadensansprüche in „Moskau“ durchzusetzen, was die verantwortlichen Stellen für aussichtslos erachteten. Materielle Interessen, ließ Weiland wissen, seien für ihn ohnehin von „untergeordnete[r] Bedeutung“: „Die Weltöffentlichkeit solle davon unterrichtet werden, daß die Sowjets die Anstifter zu seiner Entführung gewesen seien und sich damit des Menschenraubes schuldig gemacht hätten.“⁷⁸ Erkennbar beunruhigt reagierte das Bundeskanzleramt, als Weiland und dessen Frau Anna die russische Regierung direkt angingen.⁷⁹ In einem Schreiben vom 24. November 1958 an Bundeskanzler Adenauer beharrte Weiland auf seinen Ansprüchen und beteuerte, niemals Spionagetätigkeiten irgendwelcher Art ausgeführt zu haben: Das sei die „reine und lautere Wahrheit“.⁸⁰ Damit gelang es ihm jedoch nicht, diesbezügliche Zweifel auszuräumen, zumal neue Verdachtsmomente über seine Verbindungen zu den US-Geheimdiensten durchsickerten. Das Bundesamt für Verfassungsschutz sondierte deshalb bei den Alliierten, inwieweit „Weiland für eine ausländische

⁷⁷ Hippe, ... und unsere Fahn' ist rot (wie Anm. 30), S. 244 f. Seine zweifellos enormen psychischen und physischen Belastungen versuchte Weiland literarisch zu bewältigen: Ders., Partisan der Freiheit. Ein Tatsachenbericht über das Kapitel Menschenraub aus der Geschichte des Kalten Krieges. Berlin 1959, in: AdsD HiKo/NL Weiland (wie Anm. 35), Ordner 8–13. Darin überzeichnet Weiland seine Standhaftigkeit gegenüber den ihm seiner Auffassung nach intellektuell hoffnungslos unterlegenen MfS-Verhörspezialisten ins Heroische. Seine Widersacher stammten vermutlich aus dem alten KPD-Abwehrapparat und/oder verfügten über Verfolgungserfahrungen aus der NS-Zeit. Die vom MfS eruierten Informationen sprechen jedenfalls für sich. Dass Weiland mit dem Buchmanuskript erfolglos bei einigen Verlagen antichambrierte, war sicher auch mit dem offensiv antikommunistischen Duktus und den persönlichen Anschuldigungen gegen noch lebende Personen begründet.

⁷⁸ Vermerk Dr. Kell, 18.6.1960, in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, Berlin (PA_AA), B 86/459. Vgl. auch Susanne Muhle, Auftrag: Menschenraub (wie Anm. 1), S. 265 ff.

⁷⁹ Anna Weiland, Berlin, an Seine Exzellenz Vorsitzender des Ministerrats der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Klement E. Woroschilow, 30.1.1956, sowie Alfred Weiland, Berlin, an den Vorsitzenden des Ministerrats der Union der UdSSR, Herrn N. S. Chrustschow, 12.1.1959, in: PA_AA (wie Anm. 77), B 86/459.

⁸⁰ Alfred Weiland, Berlin, an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, z. Hd. d. Herrn Bundeskanzler Dr. Adenauer, 24.11.1958, in: PA_AA (wie Anm. 77), B 86/459.

Macht tätig war“.⁸¹ Erfolglos: Die Anfrage, „ob und über welchen Zeitraum WEILAND als Mitarbeiter für einen amerikanischen Geheimdienst tätig war, hat keine eindeutige Klärung ergeben“, rapportierte das Bundesamt. Immerhin wusste das Amt nun, dass Weiland für die US-Dienste von „operativem Interesse war“.⁸²

Fazit

Der aufsehenerregende Fall Weiland ist in mehrerer Hinsicht exemplarisch für die politischen Konstellationen des Kalten Krieges, insbesondere für die linken Milieus in West-Berlin, die im Kontext der Blockkonfrontation sowohl von westlichen wie östlichen Diensten infiltriert wurden. In der politisch aufgeladenen Situation in Berlin maßten die Dienste den sozialistischen Zwischengruppen eine höhere Bedeutung zu, als ihre zahlenmäßige Stärke vermuten lässt: „Die Geheimdienste aller Seiten hängten sich sofort an jede Regung an, teilweise gingen diese sogar von den Diensten aus.“⁸³

Dabei war die Entführung Weilands beileibe kein singuläres Ereignis, wie Susanne Muhle in ihrer Studie „Auftrag: Menschenraub“ nachweist. In einer Mikrostudie hat sie unter anderem die biographischen und sozialen Profile von fünfzig Inoffiziellen Mitarbeitern (IM) des MfS untersucht.⁸⁴ Von den rund 400 Verschleppungen und Entführungen aus der BRD, von denen bis 1972 mindestens 305 auf dem Territorium West-Berlins stattfanden, ging demnach die Mehrzahl auf das Konto des MfS, ein Teil auch auf das der sowjetischen Besatzungsmacht oder der Geheimdienste anderer Ostblockländer. Nicht immer verliefen diese Operationen mit solcher Brutalität, wie sie Wei-

⁸¹ Enders, Auswärtiges Amt, Bonn, an das Bundesamt für Verfassungsschutz, 17.12.1959, in: PA_AA (wie Anm. 77), B 130/5563A.

⁸² Bundesamt für Verfassungsschutz, Köln, an das Auswärtige Amt, z. Hd. Leg.-Rat I. Kl. v. Götz, Bonn, 25.1.1960, in: PA_AA (wie Anm. 77), B 130/5563A.

⁸³ Kubina, Von Utopie, Widerstand und Kaltem Krieg (wie Anm. 1), S. 323, und Kritidis, Linkssozialistische Opposition (wie Anm. 32), S. 173.

⁸⁴ Susanne Muhle, Auftrag: Menschenraub (wie Anm. 1), S. 369–540.

land widerfuhr. Über die Hälfte aller Entführungsoffer gelangte durch perfide eingefädelte Täuschungsmanöver in die Gewalt des MfS. Die Betroffenen waren teilweise DDR-Flüchtlinge, die bereits vor oder auch nach ihrer Flucht entweder mit westlichen Geheimdiensten oder mit antikommunistischen Organisationen in Verbindung gestanden hatten. Die zugrundeliegenden Motive der Täter/innen waren vielfältig. Wenn es den Auftraggebern um die Aufdeckung von konspirativen Verbindungen, Bestrafung, Abschreckung und die politische Diskreditierung der „Saboteure“ und „Agenten“ ging, spielten für die ausführenden TäterInnen nicht selten persönliche Absichten eine Rolle, etwa „verletzte Eitelkeiten und persönliche Rachegeleüste im MfS-Apparat“.⁸⁵ Ideologische Überzeugungen, stellt Muhle in ihrer Studie fest, gaben für die ausführenden Chargen nicht unbedingt den Ausschlag. Antifaschismus war also praktisch überhaupt kein handlungsleitendes Primat. Viele der geschätzt etwa fünfhundert eingesetzten Beteiligten waren keine Staatsangehörige der DDR, sondern lebten in West-Berlin, wo sie zumeist nicht in politischen, sondern in kriminellen Milieus verkehrten.⁸⁶ Auf die lukrativen Aufträge des MfS ging dieses Klientel den Akten zufolge angeblich umso bereitwilliger ein, je mehr sich dabei persönliche Interessen verfolgen oder Konkurrenten in der Szene ausschalten ließen.

Aufgrund von „Landesverrat, landesverräterischer Beziehungen, Verstoßes gegen das Freiheitsschutzgesetz und anderer einschlägiger Delikte“ verurteilten bundesdeutsche Gerichte zwischen September 1951 und Februar 1960 insgesamt 590 Personen wegen „Östlicher Untergrundarbeit gegen West-Berlin“ zu hohen Gefängnis- und Zuchthaus-

⁸⁵ Ebd., S. 598.

⁸⁶ Weiland gab an, er sei am 11. November 1950 im US-Sektor der Stadt „durch mehrere Berufsverbrecher überfallen, schwer mißhandelt und im bewußtlosen Zustand schwerverletzt in den sowjetischen Sektor verschleppt“ worden. Alfred Weiland an den Bundespräsidenten der BRD, Dr. h. c. Heinrich Lübke, 7.10.1959, in: PA_AA (wie Anm. 77), B 86/459. Die Staatsanwaltschaft beim Landgericht Berlin konnte vier der fünf TäterInnen namhaft machen, die Fahndung führte indes zu keinen Verhaftungen. Das Verfahren wurde am 25. Mai 1960 vorläufig eingestellt, weil die Betroffenen entweder flüchtig, in der DDR wohnhaft oder – in einem Fall – bereits verstorben waren. Vermerk Dr. Kell, 18.6.1960, in: Ebd.

strafen. Nach dem Zusammenbruch der DDR ermöglichte der Zugang zu den Archiven des MfS eine Wiederaufnahme der Ermittlungen. Aufgrund von Verjährungen, Todesfällen oder Verhandlungsunfähigkeiten verliefen die Verfahren jedoch weitgehend im Sande. In den 1990er Jahren wurden im Tatkomplex Verschleppungen beziehungsweise Entführungen noch 20 Anklagen gegen 29 Personen erhoben (13 MfS-Hauptamtliche, 13 IM und 3 Kontaktpersonen). Das Ergebnis waren 10 Verfahrenseinstellungen, 3 Verwarnungen, 3 Freisprüche und sowie 13 Freiheitsstrafen, die zwischen sechs und zehn Monaten betragen und jeweils zur Bewährung ausgesetzt wurden.⁸⁷

Die Funktionseliten im Staatsapparat der DDR konnten nach 1945 davon ausgehen, dass ein unversöhnlicher Antikommunismus fester Bestandteil der Staatsdoktrin der Bundesrepublik war, die auf die Überwindung der kommunistischen Herrschaft in Osteuropa abzielte. Antikommunismus wurde dabei „von der SED immer in der Verbindung von äußerer und innerer Konterrevolution erkannt“.⁸⁸ Ihr Ziel, diesen Antikommunismus zu bekämpfen, verfolgten die Sowjetische Militäradministration und die DDR auf direktem Wege – mittels einer Entführungspraxis, die sich unmittelbar gegen die antikommunistischen Initiativen im Westen richtete –, aber auch indirekt: durch die Instrumentalisierung der KPD zur exterritorialen Organisation, die der Umsetzung ihrer Interessen in der Bundesrepublik zu dienen hatte. Um ihre antiwestliche Propaganda, den Aufbau der zahlreichen Vorfeld- und Tarnorganisationen der KPD sowie die Beeinflussung der Gewerkschaften und anderer Verbänden zu finanzieren, transferierten die Staatsapparate der DDR erhebliche Geldmittel auf illegalen Wegen in den Westen.

Im Zuge ihrer Stalinisierung schaffte die SED in den späten 1940er und frühen 50er Jahren die letzten Relikte des „demokratischen Zentralismus“ ab. Innerparteiliche Säuberungsmaßnahmen schalteten jede Art

⁸⁷ Susanne Muhle, Auftrag: Menschenraub (wie Anm. 1), S. 541 f. u. S. 572 f.

⁸⁸ Michael Lemke, Die Wahrnehmung des westdeutschen Antikommunismus durch die SED/DDR, in: Stefan Kreuzberger / Dierk Hoffmann (Hg.), „Geistige Gefahr“ und „Immunisierung der Gesellschaft“ (wie Anm. 6), S. 75–85, Zitat S. 79.

von Opposition aus.⁸⁹ Die ideologischen Staatsapparate der SBZ/DDR dienten der Verteidigung der marxistischen Orthodoxie und der Bekämpfung nonkonformistischer Tendenzen, die sich aus den Traditionsbeständen der alten ArbeiterInnenbewegung speisten. Nicht von ungefähr richtete sich die Repression gegen „sämtliche Splittergruppen des linken Parteienspektrums von der anarchistischen ‚Freien Arbeiter-Union (Syndikalisten)‘ (FAUD[S]) über die KAPD, den ‚Leninbund‘, die KPO und SAP bis zum ‚Internationalen Sozialistischen Kampfbund‘ (ISK)“, die nach 1945 im Begriff waren, sich erneut zu formieren.⁹⁰ Die Repression des NKVD und der Abwehrapparate der KPD/SED war nach 1945 zuvorderst gegen die parteiinterne Linksoption gerichtet. Erst nach der Gründung der DDR entwickelten sich das 1950 eingerichtete Ministerium für Staatssicherheit und dessen Organe zu einem grenzüberschreitend operierenden Geheimdienst.

Die privaten Agenturen des Kalten Krieges auf der westlichen Seite, mithin „graue Verwaltungen“, waren konstitutive Bestandteile antikommunistischer Politik.⁹¹ Unter dem Primat der Destabilisierung des Systemgegners nutzten die Nachrichtendienste der Alliierten und der Bundesrepublik die antibolschewistische Fachkompetenz, die linksoppositionelle Strömungen seit der Weimarer Republik in ihren Auseinandersetzungen mit der KPD erworben hatten, ebenso wie die Kenntnisse der privaten antikommunistischen Verbände. Dabei war es nebensächlich, ob die Beteiligten ihre Erfahrungen im Nationalsozialismus, als Emigranten, Vertriebene oder als Flüchtlinge gemacht

⁸⁹ Ulrich Mählert, „Die Partei hat immer recht!“. Parteisäuberungen als Kaderpolitik in der SED (1948–1953), in: Hermann Weber (Hg.), Terror. Stalinistische Parteisäuberungen 1936–1953, Paderborn u. a. 2001 (2. Aufl.), S. 351–457.

⁹⁰ Frank Hirschinger, „Gestapoagenten, Trotzlisten, Verräter“. Kommunistische Parteisäuberungen in Sachsen-Anhalt 1918–1953, Göttingen 2005, S. 10; Bettina Greiner, Verdrängter Terror. Geschichte und Wahrnehmung sowjetischer Speziallager in Deutschland, Hamburg 2010, S. 120 ff.; Andreas Malycha, Die SED. Geschichte ihrer Stalinisierung 1946–1953, Paderborn / München / Wien / Zürich 2000, S. 278 ff.; Thomas Klein, Widerstand und Verfolgung von Kommunisten während der Stalinisierung der SED 1946–1951, in: Utopie kreativ, 8 (1997), H. 81/82 (Juli / August), S. 123–133.

⁹¹ Heitzer, Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (wie Anm. 22), S. 75.

hatten.⁹² Der Ruf der westlich gesteuerten Agitations- und Propagandaorganisationen wurde beschädigt, als sie außer Kontrolle gerieten, die Medien aufmerksam wurden und ihre Eskapaden öffentlich bekannt machten. Dass sich die Westalliierten, neben einer ganzen Anzahl rechtsradikaler beziehungsweise nazistischer Verbände, auch der linksoppositionellen GIS um Weiland zu bedienen wussten, konnte erst durch den Zugriff auf Archivmaterial nach der Öffnung der Stasiunterlagen im Jahr 1992 nachgezeichnet werden. Bereits vorher bekannt war der Umstand, dass die Liberalen in der US-Administration während der McCarthy-Ära – wie es ein ehemaliger CIA-Mitarbeiter ausdrückte – keine Skrupel hatten, „to use the non-Communist left to beat the Communist left“. Den Betreffenden wurden dabei erhebliche Spielräume gelassen: „The CIA financed the non-Communist left; they gave with minimal strings attached.“⁹³

Erscheint die Kooptation rätekommunistischer Gruppierungen für antikommunistische Tätigkeiten aus der Perspektive der Geheimdienste zweckrational, so lässt sie doch aus heutiger Sicht das Ethos und Selbstverständnis der beteiligten Gruppen zweifelhaft wirken. Offensichtlich blieben die wiedererstehenden linken Zusammenhänge und ihre Wahrnehmungs- und Handlungsmuster von den Kräftekonstellationen des Kalten Kriegs nicht unberührt. „Die Reorganisation der Arbeiterbewegung in Berlin fand unter den besonderen Bedingungen des ‚Vier-Mächte-Status‘ statt. Die gegensätzlichen Interessen der Besatzungsmächte und der von ihnen mittelbar abhängigen politischen Kräfte trafen hier in einem spezifischen Dunst von Propaganda, Konspiration, politischer Taktiererei und ideologischer Kriegführung aufeinander.“⁹⁴

⁹² Stefan Kreuzberger, Kampf gegen den inneren Feind und der staatlich gelenkte Antikommunismus in der Bundesrepublik Deutschland, Stefan Kreuzberger / Dierk Hoffmann (Hg.), „Geistige Gefahr“ und „Immunisierung der Gesellschaft“ (wie Anm. 6), S. 87–104, bes. S. 88.

⁹³ Zitiert nach: Petra Marquardt-Bigman, Amerikanische Geheimdienstanalysen über Deutschland 1942–1949 (= Studien zur Zeitgeschichte; hg. vom Institut für Zeitgeschichte, Bd. 45), München 1995, S. 216.

⁹⁴ Kritidis, Linksozialistische Opposition (wie Anm 32), S. 172.

In West-Berlin war es ein offenes Geheimnis: Was die linken Zwischengruppen anbelangte, geschah hier kaum etwas ohne den Einblick und – nicht selten – die „Mithilfe“ der alliierten Nachrichtendienste – gegen sie wahrscheinlich gar nichts. Dabei ließen sich die linken Zwischengruppen der Frontstadt in unterschiedlicher Weise und Intensität mit den Nachrichtendiensten ein: „Jeder Besatzungsmacht ihre Opposition.“⁹⁵ Den Beteiligten dürfte ihre Involvierung vermutlich selbst nicht immer bekannt gewesen sein. Insofern waren sie mehr Objekt als Subjekt des politischen Geschehens.⁹⁶ Zwei Motive dürften für die US-Stellen den Ausschlag gegeben haben, sich linken Zwischengruppen anzunähern: Das Monitoring oppositioneller Strömungen und die Absicht, diese – wie jedes andere zur Verfügung stehende Mittel – zur Schwächung der östlichen Gegner einzusetzen.

Ob und inwieweit sich die westlichen Alliierten der *Gruppe Neues Beginnen* insgesamt als ausführendem Organ für die antisowjetische Propaganda bedienten, wie bereits Ende der 1960er Jahre gemutmaßt wurde, kann nach dem aktuellen Stand der Forschung noch nicht endgültig beurteilt werden.⁹⁷ Weilands Aussagen in der DDR-Haft kamen unter erheblichem psychischen wie offenbar auch physischen Druck zustande. Seine Angaben sind daher mit quellenkritischer Distanz zu interpretieren, selbst wenn die durch das MfS erpressten Informationen den Tatsachen entsprechen dürften. Ohne tiefgehendes Wissen hätte er die in den Vernehmungen offengelegten Details kaum erfinden können. Dass Weiland eine Spionagetätigkeit selbst vehement zurückwies, stimmt jedenfalls nicht mit den anhand des Archivmaterials rekonstruierbaren Fakten überein. Eine kooperative Beziehung zu den

⁹⁵ Ausführlich dazu Kubina, *Von Utopie, Widerstand und Kaltem Krieg* (wie Anm. 1), S. 299–355, Zitat S. 305. Vgl. auch Alfred Weiland, *Meine Aussagen über die in Westberlin vorhandenen antisowjetischen Organisationen* (undatiert), in: BStU (wie Anm. 49) MfS/ZA AU 258/52, Bd. 2, Bl. 154–164.

⁹⁶ Bock, *Der schwierige Dritte Weg im Sozialismus* (wie Anm. 36), S. 660 u. S. 666.

⁹⁷ Bock, *Geschichte des „linken Radikalismus“ in Deutschland* (wie Anm. 4), S. 178; Olaf Ihlau, *Die Roten Kämpfer* (wie Anm. 26), S. 143.

US-Stellen ist demnach nicht von der Hand zu weisen. Dieser Umstand wurde von ihm selbst auch tendenziell nicht bestritten, selbst wenn er die Einzelheiten seines Arrangements verdrängt haben mag und seine Tätigkeiten als journalistisches Handwerk auslegte. Ob ihn materielle Interessen dazu bewogen haben, ist angesichts seiner prekären Einkommensverhältnisse nicht auszuschließen. Geld stellte für ihn aber sicherlich nur einen Grund unter anderen dar, zu denen mit großer Sicherheit – bei Weiland ebenso wie bei vielen seiner GenossInnen – eine gefestigte Überzeugung gehörte: „Der linke Antikommunismus der vierziger und fünfziger Jahre war nicht Produkt einer gigantischen, gekauften Verschwörung, sondern Ergebnis lebensgeschichtlicher Erfahrungen mit dem Stalinismus.“⁹⁸

Ebenso wie die US-Geheimdienste in der Praxis Gruppierungen instrumentalisierten, deren Ideologie in eklatantem Widerspruch zum eigenen Selbstverständnis stand, könnte Weilands Kooperation mit dem – so die ursprüngliche Deutung seiner Gruppierung – „imperialistischen“ Feind einem politischen Kalkül entsprungen sein. Strategisch gesehen, verfolgte Weiland sein Ziel, die DDR-Diktatur zu bekämpfen, auf verschiedenen Wegen: durch die Inanspruchnahme der Unterstützung der US-Dienste ebenso wie durch seinen klandestinen Einsatz für die GIS oder seine „journalistischen“ Recherchen. Die Übergänge dieser breit gefächerten Praxisfelder (nachrichtendienstliche Tätigkeit, politische Aktivitäten und journalistischer Öffentlichkeitsarbeit) waren fließend und konnten sich im Bewusstsein Weilands subjektiv verwischen.

Auch die US-Geheimdienste nahmen aus taktischen Gründen Widersprüche zwischen Anspruch und Handeln in Kauf. Aus den Unterlagen des Counter Intelligence Corps geht hervor, dass die US-Geheimdienste Weiland einen hohen Stellenwert zumaßen und über seine Aktivitäten und Netzwerke umfassend informiert waren. Die US-Dienste hätten die konspirativen Zusammenhänge der GIS jederzeit aufdecken und beenden oder aber den deutschen Behörden zur

⁹⁸ Hochgeschwender, *Freiheit in der Offensive?* (wie Anm. 55), S. 169.

weiteren Verfolgung überlassen können. Dass die westlichen Nachrichtendienste es vorzogen, die untergründige GIS ohne Lizenz gewähren zu lassen, ist darauf zurückzuführen, dass ihnen deren Organ *Neues Beginnen* als Propagandakanal brauchbar erschien und die zonenübergreifenden Kontakte der linken Opposition für sie von hoher Bedeutung waren. Die US-Stellen beauftragten Weiland, da sie durch ihn Einblick und Kontrolle gewinnen, Informationen abschöpfen und Gegenpropaganda verbreiten konnten. Tatsächlich entsprachen seine Dossiers dem klassischen Aufgabenrepertoire eines Nachrichtendienstmitarbeiters. Dass die US-amerikanische Gegenaufklärung seinen antibolschewistischen Widerstand im Rahmen ihrer Einflussoperationen förderte, war kaum zu leugnen.

Der von Weiland beabsichtigten Sammlung der „Heimatlosen Linken“ blieb indes ein größerer Erfolg versagt. Zwar lebten die alten Dispute aus der Weimarer Republik – etwa mit den trotzkistischen Gruppen – wieder auf, in Auseinandersetzungen über die aktuellen politischen Möglichkeiten oder in den Führungskämpfen, die sich um Alfred Weiland herum abspielten.⁹⁹ Der Versuch, die *Gruppe Neues Beginnen* als kaderförmig organisierten Kristallisationskern einer sozialistischen Bewegung aufzubauen, scheiterte jedoch nicht unbedingt an den ideologischen Gegensätzen innerhalb des gesellschaftlich randständigen Linksspektrums. Entscheidender für die mangelnde Resonanz der rätesozialistischen Diskussion war sicherlich das antikommunistische Klima in West-Berlin und Westdeutschland, das sich im Fortgang des Kalten Kriegs verschärfte und selbst die nichtstalinistische Linke nicht verschonte. Ganz besonders trifft dieser Befund auf die Verhältnisse in West-Berlin zu, wo die stärkere Polarisierung

⁹⁹ Im März 1946 trennte sich die von Hippe angeführte Gruppe Schöneberg von der GIS. Der Zusammenschluss mit den trotzkistischen ‚Internationalen Kommunisten Deutschlands‘ in Westdeutschland kam ebenso wenig zustande, wie die von Weiland favorisierte Anbindung der in der ‚Föderation freier Sozialisten‘ (FFS) organisierten anarcho-syndikalistischen Residuen. Dazu hatte Weiland an vier Berliner Volkshochschulen Kurse über Rudolf Rockers Buch „Die Entscheidung des Abendlandes“ (1949) abgehalten. Die Absage der FFS führte er auf deren „Gruppenegoismus“ und „begrenzte Gruppenideologie“ zurück. Alfred Weiland an [Walter] Hanke, 19.1.1950, in: AdsD/HiKo (wie Anm. 35), Mappe 10, Bl. 206.

des Systemkonflikts die links- beziehungsweise rätekommunistische Propaganda weitgehend neutralisierte und deren antiautoritäre Wirkungskraft absorbierte. Der Rückgriff auf einen ideologiekritisch akzentuierten Antitotalitarismus, wie ihn Otto Rühle Ende der 1930er Jahre als staatskapitalistische Gleichsetzungstheorie („brauner und roter Faschismus“) formuliert hatte, konnte in dieser Situation die emanzipatorischen Ansprüche des sozialistischen Projekts legitimieren.¹⁰⁰ Im Unterschied zum bürgerlichen oder sozialdemokratischen Antikommunismus beharrte die Fundamentalkritik der antiautoritären Linken auf dem authentischen Kerngehalt ihres kommunistischen Emanzipationsprojekts. Ihr Antibolschewismus transzendierte den Antikommunismus der bürgerlichen Demokraten, der die bestehenden Herrschaftsverhältnisse letztlich affirmierte, während die antiautoritäre Linke den Kapitalismus weiterhin grundsätzlich in Frage stellte. Die totalitären Herrschaftssysteme sowohl linker wie rechter Observanz galten den Linkskommunisten jeweils als bürokratisch formierter Staatskapitalismus, mithin als zwei Seiten ein und derselben Münze. Bereits den Bolschewismus Leninscher Prägung begriffen sie als Produkt bürgerlicher Machtpolitik und kapitalistischer Vergesellschaftung.¹⁰¹ Das Gleichsetzungstheorem der Totalitarismuskritik mochte *Neues Beginnen* einen gewissen Schutz vor der Repression (im Westen) bieten, in letzter Konsequenz ging die Gruppe damit einen Schulterchluss mit jenen restaurativen Tendenzen ein, die mit Rückgriff auf den Antikommunismus von der eigenen Verantwortung für die NS-Diktatur ablenkten und dazu noch darauf hinwirkten, dass der Systemkonflikt zu einem Kalten Bürgerkrieg eskalierte. Aber die taktische Anpassung an den *freiheitlichen*, nicht unbedingt *demokratischen* Antikommunismus bürgerlicher Provenienz erbrachte keine Breitenwirksamkeit, zumal damit keine absolute Distanzierung von sozialrevolutionären Transformationsvorstellungen erfolgte. Zwar

¹⁰⁰ Vgl. dazu Friedrich Georg Herrmann, Otto Rühle als politischer Theoretiker (Teil 2), in: IWK (wie Anm. 69), 9 (1973), H. 18, S. 23–50, hier S. 45 ff.; Hendrik Wallat, Staat oder Revolution. Aspekte und Probleme linker Bolschewismuskritik, Münster 2012, S. 173 ff.

¹⁰¹ Wallat, Staat oder Revolution (wie Anm. 100), S. 13.

blieb der Antikapitalismus bei *Neues Beginnen* nicht auf der Strecke, er verkam jedoch zu einer abstrakten Leerformel.

Für den Misserfolg der Traditionsbestände der linksoppositionellen Arbeiterbewegung beziehungsweise für die mangelnde Resonanz des rätesozialistischen Projekts war nicht nur das sich zuspitzende antikommunistische Klima, sondern auch die beginnende hochkonjunkturelle Entwicklung verantwortlich, die die materiellen Motivlagen des Klassenkonflikts entschärfte. Die systemintegrativen Effekte des Wirtschaftswunders, der Sog des Kalten Kriegs, der Berlinkonflikt, die antikommunistische Hysterie und nicht zuletzt die Verhaftung von bis zu zwei Dutzend Angehörigen des *Neues Beginnen*-Kreises in der DDR führten dazu, dass sich die Beteiligten langsam von der Mitarbeit zurückzogen und sich in der Folgezeit zumeist der Sozialdemokratie zuwandten.¹⁰² „Die rätesozialistische Debatte unter Berufung auf die Tradition des Rätekommunismus verstummte in den folgenden zehn Jahren völlig und wurde erst wiederaufgenommen in den zunächst kleinen Zirkeln des ‚Sozialistischen Deutschen Studentenbundes‘ gegen Mitte der sechziger Jahre.“¹⁰³

¹⁰² Ihlau, *Die Roten Kämpfer* (wie Anm. 26), S. 143

¹⁰³ Bock, *Geschichte des „linken Radikalismus“ in Deutschland* (wie Anm. 4), S. 185.

Dies ist eine Veröffentlichung der **Sozial.Geschichte Online**
lizenziert nach [Creative Commons – CC BY-NC-ND 3.0]

Sozial.Geschichte Online ist **kostenfrei und offen** im Internet zugänglich. Wir widmen uns Themen wie dem Nationalsozialismus, dessen Fortwirken und Aufarbeitung, Arbeit und Arbeitskämpfen im globalen Maßstab sowie Protesten und sozialen Bewegungen im 20. und 21. Jahrhundert. Wichtig ist uns die Verbindung wissenschaftlicher Untersuchungen mit aktuellen politischen Kämpfen und sozialen Bewegungen.

Während die Redaktionsarbeit, Lektorate und die Beiträge der AutorInnen unbezahlt sind, müssen wir für einige technische und administrative Aufgaben pro Jahr einen knapp fünfstelligen Betrag aufbringen.

Wir rufen deshalb alle LeserInnen auf, uns durch eine **Spende** oder eine **(Förder-)Mitgliedschaft** im *Verein für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts e.V.* zu unterstützen, der diese Zeitschrift herausgibt und gemeinnützig ist.

Spenden und Mitgliedsbeiträge sind steuerabzugsfähig, deswegen bitten wir, uns eine E-Mail- und eine Post-Adresse zu schicken, damit wir eine Spendenquittung schicken können.

Die Vereinsmitgliedschaft kostet für NormalverdienerInnen 80 € und für GeringverdienerInnen 10 € jährlich; Fördermitglieder legen ihren Beitrag selbst fest.

Mitgliedsanträge und andere Anliegen bitte an

SGO-Verein [at] janus-projekte.de oder den

Verein für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts e.V.
Cuvrystraße 20a
(Briefkasten 30)
D-10997 Berlin

Überweisungen von Spenden und Mitgliedsbeiträgen bitte an

Verein für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts e.V.
IBAN: DE09 1002 0500 0001 4225 00, BIC: BFSWDE33BER,
Bank für Sozialwirtschaft